

N i e d e r s c h r i f t

über die am **Montag, dem 23. Oktober 2023** um **19:00 Uhr** im Gemeinderatssaal des Rathauses stattgefundene **6. Sitzung des Gemeinderates** der Freistadt Eisenstadt.

Tagesordnungspunkte:

1. Familienfreundliche Gemeinde, Grundsatzbeschluss, Beratung und Beschlussfassung
2. Leichtathletik – Bundesstützpunkt, Kooperationsvertrag, Beratung und Beschlussfassung
3. Vereinbarung City Taxi, Beratung und Beschlussfassung
4. Stadtbus Eisenstadt Vergabe, Beratung und Beschlussfassung
5. Förderungsvertrag für emissionsfreie Busse und Ladeinfrastruktur für den Stadtbus Eisenstadt, Beratung und Beschlussfassung
6. Entwidmung Teilungsplan GZ. (..... , St. Georgen), Beratung und Beschlussfassung
7. 1. Nachtragsvoranschlag 2023, Beratung und Beschlussfassung
 - a) 1. Nachtragsvoranschlag 2023
 - b) Mittelfristiger Finanzplan 2023 - 2027
8. Eisenstadt Infrastruktur KG – Jahresabschluss 2022, Beratung und Beschlussfassung
9. Eisenstadt Infrastruktur KG – Gewinnverwendung 2022, Beratung und Beschlussfassung
10. Antrag der FPÖ-Fraktion: Einrichten eines Sozialfonds in Eisenstadt, Beratung und Beschlussfassung
11. Antrag der SPÖ-Fraktion: Montage Außensteckdose E_Cube und Aufstellen Getränke- und Snackautomat durch Nahversorger, Beratung und Beschlussfassung
12. Prüfungsausschuss, Bericht
13. Allfälliges

Anwesend: Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner als Vorsitzender, die Vizebürgermeister Istvan Deli, BA (ÖVP) und Charlotte Toth-Kanyak (SPÖ), die Stadträte Mag. Dr. Michael Freismuth (ÖVP), Birgit Tallian (ÖVP), Stefan Lichtscheidl (ÖVP) und Beatrix Wagner (SPÖ), die Gemeinderäte Adelheid Hahnekamp (ÖVP), Ruth Klinger-Zechmeister, BA (ÖVP), Josef Weidinger (ÖVP), Waltraud Bachmaier (ÖVP), Hermann Nährer (ÖVP), Gerald Hicke (ÖVP), Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich (ÖVP), DI Otto Prieler (ÖVP), Werner Klikovits (ÖVP), Michael Nemeth, MBA (ÖVP) und Daniel Janisch (ÖVP-Ersatzmitglied), DI Markus Rauchbauer, BSc (SPÖ), Elke Riener (SPÖ), Christoph Fertl (SPÖ), Andrea Fassel (SPÖ), Günter Kovacs (SPÖ) und Christoph Kainz (SPÖ), Samara Sánchez Pöll (Grüne), Dr. Siegfried Mörz (Grüne) und Claudia Krojer (Grüne-Ersatzmitglied), Ing. Bernhard Skaumal (FPÖ-Ersatzmitglied) sowie Magistratsdirektorin Mag.^a Gerda Török zugleich als Schriftführerin.

Entschuldigt: Michael Bieber, MBA (ÖVP), Silvia Bronkhorst (ÖVP), Anja Haider-Wallner (Grüne), Matthias Hahnekamp (FPÖ)

Verhandlungsschrift vom 18.09.2023; Genehmigung

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Verhandlungsschrift vom 18.09.2023 unterfertigt und beglaubigt für die Mitglieder des Gemeinderates zur Einsicht aufgelegt worden ist. Da hierüber keine Einwendungen erfolgten und auch keine Wortmeldungen vorliegen, trifft er die Feststellung, dass die Verhandlungsschrift vom 18.09.2023 einstimmig genehmigt worden ist.

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest und bestellt Frau Gemeinderätin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich und Herrn Gemeinderat Bundesrat Günter Kovacs zu Beglaubigern dieser Niederschrift.

„Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, darf ich folgenden Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung einbringen. Das ist auch mit den Fraktionen besprochen worden. Es handelt sich um eine Änderung des Stadtbezirksausschusses Kleinhöflein, wo seitens der SPÖ eine Änderung vorgenommen werden soll.“

Es erfolgt die Abstimmung gem. § 35 Abs. 2 Eis.StR. i.V.m. § 13 Abs. 2 lit a der Geschäftsordnung. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass dieser Antrag ein-

stimmig angenommen werden muss, damit der Tagesordnungspunkt aufgenommen werden kann.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

Dieser neue Tagesordnungspunkt wird zu TOP 13 „Änderung Stadtbezirksausschuss Kleinhöflein, Beratung und Beschlussfassung“ und der „alte“ Punkt 13 „Allfälliges“ wird dann zu TOP 14.

„Bevor wir zur Gemeinderatssitzung kommen, darf ich Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben.“

Am 24. September 2023 ist der Ehrenringträger der Stadt Eisenstadt, Prälat Johann Bauer, im 92. Lebensjahr verstorben. Prälat Bauer hat in der Diözese eine ganze Reihe von Funktionen und Ämtern inne gehabt. Er war unter anderem, und das ist für die Stadt Eisenstadt das besondere, Probst- und Stadtpfarrer am Oberberg von 1987 bis 2001. Er hat sich vor allem in der Seelsorge sehr verdient gemacht. Er war ein Pfarrer vom Oberberg, der in der Bevölkerung sehr viel Zustimmung erfahren hat, und nicht zuletzt hat er sehr viel für die Renovierung des Kalvarienbergs der Bergkirche getan. In seiner Zeit sind umfassende Sanierungen des Kalvarienbergs im Innenbereich mit einem Investitionsvolumen von damals 18 Millionen Schilling erfolgt. Prälat Johann Bauer ist wie gesagt am 24. September 2023 verstorben, ich war auch als Vertreter der Stadt Eisenstadt in Landsee bei der Beerdigung. Wir werden Prälat Bauer ein ehrendes Gedenken bewahren.

Gleichzeitig möchte ich die Gelegenheit auch nutzen, den Opfern des Terroranschlages durch die Hamas auf Israel zu gedenken. Es war ein unfassbarer Anschlag, der in der ganzen Welt Entsetzen hervorgerufen hat. Menschen wurden wahllos getötet, verschleppt und entführt. Unser Mitgefühl gilt den Familien der Opfer.“

- Trauerminute –

Vor Eingang in die Tagesordnung möchte ich noch 2 Anfragen aus der letzten Gemeinderatssitzung beantworten. Die erste Anfrage hat Frau Gemeinderätin Klubobfrau Anja Haider-Wallner gestellt, im Zusammenhang mit der Neuregelung der Nachmittagsbetreuung. Und zwar war die Frage, wie das Feedback von Eltern und

BetreuerInnen nach den ersten Wochen ist. Ich darf informieren, dass wir mit einer Elterninformation alle Erziehungsberechtigten der in der Nachmittagsbetreuung angemeldeten Kinder über die beiden möglichen neuen Besuchsmodelle informiert haben: Entweder Wartegruppe bis 14 Uhr bzw. die „echte“ Nachmittagsbetreuung bis 17 Uhr. In dieser Information wurden die beiden Modelle beschrieben, und es ist auch auf mögliche Themen eingegangen worden, nämlich die Frage des Mittagessens, Lernstunde, Abholzeiten samt Ausnahmen usw. Sowohl bei den Klassenelternabenden aber auch in Einzelgesprächen mit den Leitungen wurde versucht, offene und unklare Fragen zu beantworten. Das Feedback der Eltern war größtenteils positiv, bei mehr als 400 Kindern in der Nachmittagsbetreuung gibt es aber natürlich auch immer wieder Einzelfälle von Eltern, die mit den angebotenen Besuchsmodellen nicht zufrieden sind und vor allem die Abholzeiten nach ihrem persönlichen Tagesablauf einrichten wollen. Aber auch hier hat es Einzelgespräche gegeben, und es konnte hier entsprechendes Verständnis gefunden werden. Für die FreizeitpädagogInnen bzw. auch –helferInnen bringen die beiden Besuchsmodelle eine klare Struktur und einen gut organisierten Ablauf der Nachmittagsbetreuung. Unterschiedliche Abholzeiten, wie es in der Vergangenheit auch der Fall war, haben oft eine ziemliche Unruhe in die Gruppen gebracht. Die PädagogInnen hatten aus diesem Grund oft Probleme, nach den Lernstunden angemessene Angebote bzw. sinnvolle Freizeitgestaltung ohne Unterbrechung setzen zu können. Auch auf Grund der gesetzlichen Vorgaben nach dem Schulunterrichtsgesetz hat die Nachmittagsbetreuung an all den Schultagen zumindest bis 16 Uhr zu dauern, Ausnahmen und Fernbleiben sind wie auch im Regelunterricht gesetzlich auch geregelt.

Die zweite Teilfrage von Kollegin Anja Haider-Wallner war, wie das Verhältnis jener Kinder ist, die die volle Nachmittagsbetreuung bzw. die Wartegruppen nutzen. Es ist so, dass hier in den gesamten Schulen folgende Prozentanteile gegeben sind, was die Wartegruppen betrifft. Es ist eben nach Wochentag unterschiedlich, am Montag sind es 22,3 %, am Dienstag 12,6 %, am Mittwoch 17,5 %, am Donnerstag 16,8 % und am Freitag 35,7 %. In den einzelnen Schulen schwanken eben die Anteile der Kinder in den Wartegruppen. In den kleineren Volksschulen, in St. Georgen, Kleinhöflein ist der Anteil der Kinder, die die Wartegruppe besuchen, höher als in der Volksschule in Eisenstadt. In der ASO Eisenstadt nutzt ein Kind das Angebot der Wartegruppe. Dann war noch die Frage, wie der Schlüssel der BetreuerIn zu Kindern in der Wartegruppe ist. Hier ist es so, wie in der ganz normalen Nachmittags-

betreuung, wie es auch gesetzlich vorgegeben ist, mit einer maximalen Gruppengröße von 25 Kindern. Der Betreuungsschlüssel beträgt daher 1 zu 25. Dann war die Frage, ob die Trennung... also wie funktioniert die Trennung, oder werden die Kinder bis 14 Uhr gemeinsam betreut? Das ist unterschiedlich je nach Einrichtung geregelt und kommt primär auf die Gruppengröße an. Es wird gesammelt in einer Warte-gruppe betreut, oder, wenn die Anzahl der Wartegruppenanmeldungen gering ist, in der Gruppe mit Kindern in der Ganztagsgruppe beaufsichtigt. Die letzte Frage war, wie wird die mangelnde Flexibilität bei der Abholung in der Nachmittagsbetreuung angenommen? Wie ich schon eingangs gesagt habe, ist der Großteil der Eltern zufrieden und hat mit den Betreuungsmodellen kein Problem. Wie gesagt, vereinzelt haben die Leitungen bzw. PädagogInnen vermehrt Aufklärungsbedarf gehabt, zudem gilt ja auch die gesetzliche Regelung ohnehin, und die gibt auch den entsprechenden Spielraum, der das Fernbleiben in der Kernzeit vor 16 Uhr möglich macht, wenn es zum Beispiel einen entsprechenden Grund gibt, wie Training im Sportverein, der Besuch der Musikschule, ein Arztbesuch oder besondere familiäre Anlässe. Soviel zur Anfragebeantwortung der Frage von der Kollegin Anja Haider-Wallner.

Eine zweite Anfrage hat es gegeben vom Gemeinderat Matthias Hahnekamp bezüglich einer Schwimmstunde für Pensionisten im Hallenbad. Dort darf ich Folgendes mitteilen: Seitens der Freistadt Eisenstadt wurde vor mehr als 10 Jahren, im Rahmen der kommunalen Gesundheitsförderung gemeinsam mit der UNION Schwimmclub Eisenstadt, montags ein einstündiger Schwimmtreff angeboten. Der Verein stellte den Trainer, seitens der Stadt wurde die Bahn für diese Zeit zur Verfügung gestellt. In den letzten Jahren wurde seitens des Vereins weder über die Nachfrage noch über den Erfolg des Angebotes berichtet, daher kann ich dazu auch nichts sagen. Das Angebot wurde – so vermute ich – dann ohne Kontaktaufnahme mit der Stadt einfach fortgesetzt. Nachdem das damals gemeinsame Bewegungsangebot vom UNION Schwimmclub Eisenstadt in seinem Internetangebot als Vereinsangebot „Senioren-Schwimmkurs“ angeboten wird und in keiner Form auch auf eine Kooperation mit der Stadt Eisenstadt sich bezogen wird, gehe ich davon aus, dass das eine Initiative des Vereins gewesen ist. Mit Beginn der heurigen Trainingssaison mit der Eröffnung des Hallenbades nach der Sommerpause, wurde die Vergabe der Schwimmbahnen bekanntermaßen auf neue Beine gestellt. Nachdem UNION Schwimmclub Eisenstadt im Zuge der Vergabe der Schwimmbahnen für

die Weiterführung dieses Senioren-Schwimmkurses keinen Antrag für die Bahnen abgegeben hat, nehme ich an, dass das Angebot seitens des Vereins entsprechend eingestellt wurde. Soweit zur Beantwortung dieser Anfrage.

Darauf wird in die Tagesordnung eingegangen.

1. Familienfreundliche Gemeinde, Grundsatzbeschluss, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erstattet folgenden

Bericht

Das Audit „*familienfreundlichegemeinde*“ stellt einen Prozess dar, bei welchem die teilnehmende Gemeinde unterstützt und die Bürgerinnen und Bürger aller Generationen aktiv beteiligt werden, an der Gestaltung ihrer „familienfreundlichen Gemeinde“ mitzuwirken. Ziel des Audits ist, die Attraktivität der Gemeinde als lebenswerter Standort für Familien, Kinder, Senioren/innen und Unternehmen zu steigern.

Nach Zusammensetzung einer Projektgruppe wird der IST-Zustand der familienfreundlichen Angebote der Stadt erhoben. Durch Miteinbezug der Gemeindebürgerinnen und –bürger werden gewünschte Angebote für die unterschiedlichsten Altersgruppen ermittelt. In einem zweiten Workshop der Projektgruppe werden diese Ideen als konkrete Maßnahmen formuliert und ein Plan für die Umsetzung erstellt. Dieser Maßnahmenplan wird wiederum dem Gemeinderat vorgelegt. Dieser Prozess darf maximal 9 Monate dauern.

Im Falle einer positiven Begutachtung verleiht die Republik Österreich, vertreten durch den/die jeweilige/n Bundesminister/in, der Gemeinde im Rahmen eines Festaktes das Zertifikat. Das Grundzertifikat zeichnet die Gemeinden für die Weiterentwicklung ihrer Familienfreundlichkeit bzw. für den Beschluss der Umsetzung von familienfreundlichen Maßnahmen entsprechend der Richtlinie aus.

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge die Teilnahme am Audit *familienfreundlichegemeinde* und die Einhaltung der

Richtlinie in der jeweils geltenden Fassung beschließen. Als Auditbeauftragte wird hiermit Verena Strobl nominiert und mit der Durchführung des Auditprozesses in der Gemeinde beauftragt.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

2. Leichtathletik – Bundesstützpunkt, Kooperationsvertrag, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erstattet folgenden

Bericht

Die Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt (Freizeitbetriebe) betreibt an der Adresse Zielgerade 1 eine Leichtathletikarena.

Mit dem Österreichischen Leichtathletik-Verband (ÖLV) – 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 12 und dem Burgenländischen Leichtathletik-Verband (BLV) – 7000 Eisenstadt, Zielgerade 3 wird eine Vereinbarung zur Förderung der Leichtathletik am Bundesstützpunkt Eisenstadt getroffen.

Das gemeinsame Ziel ist es, den Leichtathletik-Standort Eisenstadt nachhaltig zu stärken und sowohl die Breite (Kinder-, Nachwuchs- und Hobby-Bereich) als auch Spitze (Landeskader, ÖLV-Kader, Qualifizierte für internationale Meisterschaften) zu entwickeln.

Es wird vereinbart, dass der BLV ab dem 1.3.2023 einen jährlichen Beitrag in der Höhe von € 5.000 exkl. USt (= € 6.000 inkl. USt, der Betrag wird vom ÖLV gesichert) im Wesentlichen als Betriebskostenzuschuss, Energiekostenzuschuss und Nutzungsgebühr leistet. Die Rechnungslegung erfolgt jeweils im dritten Quartal des Jahres an den Burgenländischen Leichtathletik-Verband.

Darüber hinaus unterstützt der ÖLV nach Maßgabe des Budgets die Durchführung des hochklassigen internationalen Meetings, weiters im Wesentlichen die Abhaltung von österreichischen Meisterschaften und kleineren Wettkämpfen und zusätzlich den Trainingsbetrieb durch Geräteanschaffungen (derzeit 4.000 EUR inkl. USt zusätzlich). Die Vereinbarung läuft von 1.3.2023 bis 31.12.2028 und kann dann verlängert werden. Eine langfristige Kooperation darüber hinaus wird beiderseits angestrebt. Eine frühzeitige Aufkündigung dieser Vereinbarung ist im Einvernehmen möglich.

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge die in der Beilage genannte Vereinbarung zum Bundesstützpunkt Eisenstadt, welche ein integrierender Bestandteil dieses Beschlusses ist, beschließen.

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat Günter Kovacs das Wort. Dieser führt aus:

„Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden diesem Beschluss heute die Zustimmung geben. Wenn man sich den Antrag genau ansieht, dann sind es diese Unterstützungen, die Du da vorhin erwähnt hast, eben mit Wettkampftagen, mit 10-Jahres-Trainingseinheiten, mit 30 Stunden Flutlichttraining und Zusatzkosten für Kaderathleten zu nutzen, und im Gegensatz bekommt man eventuell bis zu € 4.000,- zur Geräteanschaffung. Das ist auf der einen Seite eine gute Sache, und auf der anderen Seite möchte ich schon erwähnen, dass vor allem wir als Stadt und das Land Burgenland in die Leichtathletikanlage sehr viel investiert haben und auch in andere Sportstätten. Wenn wir uns das anschauen, in den letzten Jahren, da ist ja wirklich sehr viel Geld hineingeflossen..... Hallenbadumbau, Tennishalle und auch andere Sportstätten, wie das Stadion in St. Georgen. Unser Ersuchen als Fraktion, dass wir jetzt auch darauf schauen, dass vor allem Eisenstädterinnen und Eisenstädter, vor allem die Jungen, noch barrierefreier diese Sportstätten nützen können. Immerhin ist, wie gesagt, sehr viel Steuergeld dort hineingeflossen von den Eisenstädterinnen und Eisenstädtern. Da würden wir uns schon erwarten, dass der Zugang eben auch zum Beispiel bei der Leichtathletikanlage leichter dargestellt wird, sodass Kinder, Jugendliche und Schüler leichter zum Sport kommen können und nicht nur dort, wie vorhin erwähnt auch die Sportstätte in St. Georgen, wo die Kinder hinkommen können, aber man könnte auch andenken, dass man Sportplätze auch ganz öffnet, zum Beispiel in Kleinhöflein, wenn ich da Birgit ansehe. Wenn man in Kleinhöflein sagt, dass das nicht Vereins gebunden ist, sondern dass Kinder dort ihren Sport ausüben können und einen barrierefreien Zugang haben. Wie schon gesagt, es ist viel Steuergeld von den Eisenstädtern geflossen. Danke.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

3. Vereinbarung City Taxi, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erstattet folgenden

Bericht

Seit 1992 existiert das Projekt City Taxi Eisenstadt.

Der Preis für eine Taxifahrt für Eisenstädter Bürger soll nunmehr auf EUR 8 erhöht werden. Die Stadtgemeinde Eisenstadt würde hiervon einen Betrag von EUR 4 übernehmen. Diese Vereinbarung soll auch in Zukunft nur für Fahrten im Stadtgebiet von Eisenstadt gelten, wobei dieser Umstand mittels der App, die über das Smartphone GPS arbeitet, evaluiert wird. Die zum Beschluss vorliegende Vereinbarung dient dazu, die Rahmenbedingungen zwischen den Vertragsparteien hinsichtlich der Neuerungen festzuhalten.

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge die Vereinbarung (siehe Beilage), abgeschlossen zwischen dem jeweiligen Taxiunternehmen und der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt, beschließen.

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat Christoph Fertl das Wort. Dieser führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Gäste und Medienvertreter!

Prinzipiell sind wir froh, dass das City Taxi weitergeführt wird, dieses Angebot, weil natürlich sich viele bei uns gemeldet haben, vor allem ältere Personen, weil das Gerücht im Raum gestanden ist, dass es eventuell komplett abgesetzt wird. Aber das haben Sie ja schon bei der letzten Gemeinderatssitzung bestätigt, dass das nicht der Fall sein wird. Die € 8,-- sind auch ein guter Preis, wo wir Bedenken haben, weil Sie auch selbst gesagt haben, dass hauptsächlich ältere Personen, Pensionisten das City Taxi nutzen, dass die Erhöhung von € 2,50 auf € 4,00 für Pensionisten und auch Geringverdiener auch zu hoch ist. Deshalb würden wir vorschlagen, dass vor allem jetzt im ersten Jahr – Sie haben auch gesagt, dass es eine Übergangsfrist/Beobachtungsfrist gibt – dass wir dann eh auf € 3,00 für den Fahrgast und € 5,00 durch die Stadt subventioniert wird, weil vor allem ältere Personen oft zweimal am Tag das

City Taxi benötigen und es dann eine immense Erhöhung dann für Pensionisten sein wird. Danke.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Wie gesagt, wir haben diese Diskussion über Höhe der Subvention durch die Stadt ja schon einige Male geführt. Der Finanzdirektor Michael Lebeth kann sich sicherlich erinnern, das war immer auch die Frage, wie viel kann und darf die Stadt überhaupt beitragen. Es hat damals – ich habe das allerdings nicht mehr ganz im Kopf – hat es auch Bedenken gegeben, wenn die Stadt mehr als 50 % subventioniert“

- Zwischenruf Mag. Michael Lebeth –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ja, es war irgendeine Begründung, die ich jetzt nicht mehr nachvollziehen kann. Aus meiner Sicht ist eine 50 %ige Subventionierung durch die Stadt schon sehr großzügig. Wie gesagt, der Vorschlag wäre, dass wir jetzt einmal mit diesen Bedingungen, die wir auch jetzt mit den Taxiunternehmen mal soweit besprochen hätten, beginnen. Ich bin aber gerne bereit, dass wir uns das dann nach 2 bis 3 Monaten anschauen. Es ist auch die Frage, wie viele Fahrten werden dann wirklich gefahren, und wir werden sicherlich Feedback von Nutzern bekommen. Das ist auch immer schwierig zu unterscheiden, wer kann sich das jetzt leisten und wer nicht. Ich glaub, dass wir da sicherlich eine Lösung finden, wenn es wirklich so ist, dass es dann Leute betrifft, die geringe Einkommen oder geringe Pensionen haben. Da bin ich dann durchaus bereit, das dann in weiterer Folge auch noch einmal zu berücksichtigen. Aber es gibt auch viele, die sich diese Fahrten leisten können und auch vor allem leisten wollen. Wir haben mittlerweile ja auch den Stadtbus sozusagen als Alternative. Möchte aber auch darauf hinweisen, dass wir derzeit ca. einen Gesamtjahreszuschuss von ungefähr € 250.000,-- leisten, mit den € 2,50 das ist, wenn wir jetzt auf € 4,-- gehen, schon entsprechend mehr, wenn die Fahrten gleich bleiben. Und deswegen ist eben der Vorschlag, dass wir da einmal damit reingehen und einmal schauen, aber wie gesagt, das unter Beobachtung nehmen und dann möglicherweise da oder dort auch noch Änderungen machen, vor allem, wenn es um Einkommensfragen geht.“

Gemeinderat Günter Kovacs:

„Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Ich möchte da noch zu bedenken geben, wenn man es sich ausrechnet, was Herr Klubobmann gerade gesagt hat, sind das 62 % Steigerung an Kosten für den Fahrgast. Ich möchte noch ein Beispiel bringen, wenn eine Person 20-mal im Monat mit dem Taxi fährt, hin und retour, sind das schon alleine € 60,-- Mehraufwand. Jetzt kann man sich vorstellen, dass es vor allem für Menschen, die vielleicht nicht so viel haben, eine enorme Steigerung ist, das kann wohl nicht sein, € 60,-- im Monat. Ich kann mich gut erinnern, vorige Woche hatten wir beim WLW, da waren € 100,-- für das Wasser im Jahr zu viel und heute sind es € 60,-- im Monat in Ordnung? Das finde ich einfach nicht okay, vor allem für die Schwächsten in unserer Stadt.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Man kann natürlich alles argumentieren. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das was wir da tun, nicht eine Leistung ist, die wir verkaufen, sondern wir subventionieren Fahrten! Ich kann auch nichts dafür, dass wir es über 10 Jahre geschafft haben, den Preis auf € 5,-- zu halten, was eigentlich unglaublich ist. Mit € 5,-- jetzt zu fahren, ist für die „Taxler“ ein Minusgeschäft, das muss man ganz offen sagen. Ich glaube, das muss man schon umgekehrt sehen, da geht es nicht darum, dass wir etwas erhöhen, sondern die angebotene Leistung teurer ist. Dass wir unsere Subvention von € 2,50 auf € 4,-- erhöhen, und hier überhaupt nicht sozusagen irgendjemanden etwas erhöhen wollen. Aber es ist schon auch nachvollziehbar, dass innerhalb von 10 Jahren entsprechend die Preise auch gestiegen sind, vor allem in den letzten 2 bis 3 Jahren, was die Dieselpreise betrifft, was überhaupt die Teuerungen betreffen, das muss man schon auch sehen und würde auch bitten, das auch so zu sehen. Das ist nicht etwas, was wir vorschreiben, sondern wir unterstützen eine Taxifahrt für unsere Bürgerinnen und Bürger.“

Gemeinderätin Samara Sánchez Pöll:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Guten Abend, wir werden diesem Antrag zustimmen, weil es einfach möglich ist, ihn zu beobachten, und das finde ich sehr wichtig. Trotzdem würde ich gerne erwähnen, dass ich es wichtig finden würde, wenn die Gelder, die da einfließen, in die Ausbaung vom Stadtbus zum Beispiel einfließen würden und man irgendwie noch unterscheiden könnte, für wen diese – Verzeihung, ich habe mir das nicht wirklich

vorbereitet – das für sozial Schwache bzw. für Personen, die einfach Schwierigkeiten haben, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen die zu unterstützen gilt. Danke.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ich möchte nur sagen, die Stadt hat aus diesen City-Taxi Fahrten null Einnahmen, wir haben nur Ausgaben. Wir haben hier keine Einnahmen, die wir umverteilen können – wenn das gemeint war?“

-Zwischenruf Gemeinderätin Samara Sánchez Pöll –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Das wäre ja der Plan, dass wir jetzt mal schauen, wie das anläuft und dann überlegen, ob wir dann soziale Kriterien einführen bzw. auch Alterskriterien. Wenn man sich die einzelnen Fahrten anschaut, dann ist es so, dass es eben, einen gewissen also wie Sie sagen, es gibt eine gewisse Gruppe von Senioren, die das sehr häufig nützen, dann gibt es eine große Gruppe von Menschen, sozusagen mit mittlerem Alter, die es zwar nicht häufig nützen aber viele, und dann gibt es die Jungen, die es relativ selten nützen. Wenn man dann beginnt, sozusagen Kriterien einzuführen, was das Alter betrifft, was die Einkommen usw. betrifft, dann wird es natürlich komplizierter, und dann muss man eine komplette Systemumstellung machen, weil entweder sagt man, es gilt für alle gleich, oder man differenziert, und dann muss man aber mit Einkommensnachweisen arbeiten, dann muss man mit einer gewissen Bürokratie auch arbeiten, also dass muss man sich dann schon gut überlegen. Aber wie gesagt, ich bin da zu allen Gesprächen bereit, wenn wir merken, dass das dann aus irgendwelchen Gründen nicht so funktioniert, wie man das hoffen sollte.“

Ersatzgemeinderat Ing. Bernhard Skaumal:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich muss meinen beiden Vorrednern Recht geben. Eine stufenweise Anpassung von zuerst auf € 3,- und dann von mir aus wieder auf € 4,- ist vollkommen nachvollziehbar, dass die Taxifahrer die € 8,- brauchen, ist glaube ich auch für jeden verständlich durch die bereits vorhandene Inflation. Wir bekommen – Ihr wahrscheinlich auch, meine lieben Kollegen – wöchentlich oder täglich Anrufe von Leuten, die sich das tägliche Leben nicht leisten können, daher haben folgend noch

unseren Antrag zum Sozialfond. Ich glaube, dass das nicht gut wäre, wenn man das so radikal auf die € 4,-- aufhebt. Eine stufenweise Anpassung ist glaube ich gerechtfertigt, und dann kann man es sich ja in einem Jahr immer noch ansehen und dann wieder die Förderung anpassen. Danke.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ich nehme das noch einmal zur Kenntnis, aber ich möchte das schon nochmal betonen, dass es da nicht um Einnahmen der Stadt geht, sondern die Stadt subventioniert Taxifahrten. Und dass heute eine Taxifahrt nicht mehr € 5,-- kostet sondern eben € 8,-- kostet, eh schon um € 2,-- billiger als in der freien Marktwirtschaft sozusagen, ist glaube ich auch nachvollziehbar. Jetzt könnte man sagen, okay, warum subventioniert die Stadt eigentlich Taxifahrten? Das wissen viele der Anwesenden nicht, 1992 ist das eingeführt worden als Ersatz für ein öffentliches Verkehrsmittel. Nachdem es in der Stadt keine öffentlichen Verkehrsmittel gegeben hat, hat man das City-Taxi-System eingeführt. Mittlerweile haben wir ein gutes funktionierendes öffentliches Verkehrsmittel, das muss man auch miteinbeziehen. Ich finde, wenn die Stadt bereit ist, 50 % zu subventionieren, dann ist das schon ein Prozentsatz, den es wahrscheinlich nirgendwo anders gibt. Ich wüsste jetzt keine Stadt, wo sozusagen Taxifahrten für die Bürgerinnen und Bürger mit 50 % subventioniert werden. Insofern plädiere ich dafür, dass wir zunächst einmal diesen Beschluss fassen und, wie gesagt, diese 2 oder 3 Monate einmal beobachten, wie sich das entwickelt. Wenn man draufkommt, dass es sozial völlig schwierig ist, dann wird man sich andere Dinge überlegen müssen, wie man hier sozusagen Abhilfe schafft, aber im Prinzip ist das seitens der Stadt ein gutes Angebot an die Bevölkerung.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag mit den Stimmen der ÖVP-Gemeinderatsmitglieder – Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner, Vizebürgermeister Istvan Deli, BA, Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth, Stadträtin Birgit Tallian, Stadtrat Stefan Lichtscheidl, Adelheid Hahnekamp, Ruth Klinger-Zechmeister, BA, Josef Weidinger, Waltraud Bachmaier, Hermann Nährer, Gerald Hicke, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich, DI Otto Prieler, Werner Klikovits, Michael Nemeth, MBA sowie Daniel Janisch (ÖVP-Ersatzmitglied) und mit den Stimmen der Grünen-Gemeinderatsmitglieder –Samara Sánchez Pöll, Dr. Siegfried Mörz sowie Claudia Krojer (Grüne-Ersatzmitglied) gegen die Stimmen der SPÖ-Ge-

meinderatsmitglieder – Vizebürgermeisterin Charlotte Toth-Kanyak, Stadträtin Beatrix Wagner, DI Markus Rauchbauer, BSc, Elke Riener, Christoph Fertl, Andrea Fassl, Günter Kovacs sowie Christoph Kainz und gegen die Stimme des FPÖ-Gemeinderatsmitglieds Ing. Bernhard Skaumal (FPÖ-Ersatzmitglied) mehrheitlich zum Beschluss erhoben wurde.

4. Stadtbus Eisenstadt Vergabe, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister, BA das Wort. Diese führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, geschätzte Magistratsdirektorin, werte Gäste!

Ich erstatte nun folgenden

Bericht

Das Vergabeverfahren betreffend die Ausschreibung des Projektes Stadtbus Eisenstadt wurde im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit vorheriger Bekanntmachung gemäß BVergG 2018 durch die Dax Wutzlhofer Partner Rechtsanwälte GmbH bzw. die MiRo Mobility GmbH namens der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt durchgeführt.

Die Teilnahmeanträge betreffend das gegenständliche Verfahren waren bis zum 20.02.2023 abzugeben. 5 Unternehmen gaben Teilnahmeanträge ab, von denen 5 für die zweite Phase des Verfahrens eingeladen wurden.

Von den 5 eingeladenen Unternehmen gaben 4 Richtofferte und ein Last and Best Offer bis zum 16.08.2023 ab. Diese wurden elektronisch in der Vergabesoftware ANKÖ abgegeben.

Gemäß Niederschrift zur Angebotseröffnung wurden folgende Angebote im Rahmen des „Last and Best Offer“ abgegeben:

Bieter	Preis Linie 1 (exkl. USt.)	Preis Linie 2 (exkl. USt.)	Preis Linie 3 (exkl. USt.)	Preis Linie 4 (exkl. USt.)	Gesamtpreis (exkl. USt)
M. Partsch Verkehrsbetriebe GmbH	555.476,14	449.594,28	558.752,21	589.276,83	2.156.099,46
Blaguss Reisen GmbH	599.657,24	634.753,66	491.180,39	625.194,18	2.350.785,47

Bietergemeinschaft k&k Reisen GmbH/ Herbert Gschwindl Buslinien GmbH	741.919,84	748.169,67	722.862,47	746.377,87	2.959.329,84
Österreichische Postbus AG	798.405,00	862.683,00	602.406,00	846.805,00	3.110.299,00

Die eingereichten Angebote wurden rechnerisch, wirtschaftlich, juristisch und technisch geprüft.

Die Kriterien Preis und Darstellung des Ablaufkonzeptes stellten die Grundlage für die Ermittlung des Bestbieters gemäß den Erläuterungen zur Aufforderung zur Angebotsgabe für das „Last and Best Offer“ dar. Diese wurden für die Bestbieterermittlung für die gegenständliche Ausschreibung herangezogen.

Bewertet wurden ausschließlich die von den Bietern abgegebenen "Last and Best Offer", die den Ausschreibungsunterlagen entsprechen. Bloße Richtangebote (ohne Verbindung mit einem "Last and Best Offer") wurden nicht bewertet. Sie wurden wegen verspäteten Einreichens/nicht vorhandenen "Last and Best Offer" ausgeschieden.

Nach Abschluss der Verhandlungen wurden die "Last and Best Offers" nach folgenden Zuschlagskriterien bewertet:

- Gesamtpreis als die Summe der folgenden Preise: Preis pro Linie
- Qualitätskriterium Ablaufkonzept betreffend die zu erbringenden Transportleistungen

GESAMTBEWERTUNG:

Bieter	ungewichtete Punkte Preis	gewichtete Punkte Preis	gewichtete Punkte Ablauf- konzept	Gesamt- punkte
M. Partsch Verkehrs- betriebe GmbH	10	8	2	10
Blaguss Reisen GmbH	9,1	7,28	2	9,28
Bietergemeinschaft k&k Reisen GmbH/ Herbert Gschwindl Buslinien GmbH	6,27	5,02	1,32	7,59
Österreichische Postbus AG	5,57	4,46	2	6,46

Gemäß der Darstellung ergibt sich aus den der Ausschreibung zugrunde liegenden Kriterien das Angebot der

M. Partsch Verkehrsbetriebe GmbH
Haidbrunnungasse 52
2700 Wiener Neustadt

als das Bestangebot.

Vergabevorschlag:

Aufgrund der durchgeführten Angebotsprüfung wird empfohlen, den Zuschlag an den Bestbieter

M. Partsch Verkehrsbetriebe GmbH
Haidbrunnungasse 52
2700 Wiener Neustadt

zu erteilen.

Zwischenzeitlich wurden folgende Änderungen der abgefragten Leistungen mit dem Bestbieter besprochen:

Aus budgetären Gründen kann der 15min Takt nicht realisiert werden. Dadurch ergibt sich eine geringere km-Leistung, die zu nachstehender Vergabesumme führt.

- **€ 1.352.777,24 Gesamtpreis exkl. Ust.**

Bieter	Preis Linie 1 (exkl. USt.)	Preis Linie 2 (exkl. USt.)	Preis Linie 3 (exkl. USt.)	Preis Linie 4 (exkl. USt.)	Gesamtpreis (exkl. USt)
M. Partsch Verkehrs- betriebe GmbH	348.475,41	282.054,05	350.504,58	371.743,20	1.352.777,24

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz richtet daher an den Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge beschließen, den Zuschlag für das Projekt Stadtbus Eisenstadt an den Bestbieter, die Firma M. Partsch Verkehrsbetriebe GmbH, Haidbrunnungasse 52, 2700 Wiener Neustadt, mit der angepassten Angebotssumme von € 1.352.777,24 exkl. USt. pro Jahr für einen Zeitraum von 8 Jahren zu erteilen.

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat Christoph Fertl das Wort. Dieser führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Gäste und Medienvertreter!

Ich weiß nicht, ob das jetzt noch was bringt, weil man hat es ja eh schon in den Medien lesen können, dass es anscheinend beschlossen wird und wer der Bestbieter ist. Wir haben uns nur die Unterlagen genauer angesehen und hätten auch ein paar Fragen. Es ist so, dass die Taktung von 15 Minuten ausgeschrieben war, es haben vier Firmen teilgenommen. Der Bestbieter, eine niederösterreichische Firma, war „nur“ um € 200.000,- billiger als eine burgenländische Firma, mit € 2,35 Millionen. Eben haben wir gehört, dass dann mit dem Bestbieter, dadurch dass es zu teuer geworden ist, dass das Budget abdeckbar war, mit dem Bestbieter nochmal gesprochen worden ist und der eine Anpassung gemacht hat. Und zwar ist da jetzt die Taktung 15 Minuten, also viermal die Stunde und jetzt ist es nachher dann so, dass mit dem Bestbieter gesprochen wurde das es so wie es jetzt ist, zweimal pro Stunde, also 30 Minuten Taktung. Meine Frage ist nun, wurden alle anderen Anbieter auch gefragt, ein neues Angebot zu legen oder nur der Bestbieter?“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Es wurde nur mit dem Bestbieter diesbezüglich gesprochen, es geht hier ja auch nur um eine reine Herunterrechnung. Das ist ja nur eine Frage der gefahrenen Kilometer.“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Wenn es nur eine Frage der gefahrenen Kilometer ist, dann müsste man eigentlich bei der Hälfte nur mehr die Hälfte zahlen, schätze ich mal, oder?“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Nein, die Busse nicht. Die Busse muss man natürlich auch rechnen.“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Okay!“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Wenn man nicht den 15-Minuten-Takt hat, braucht man weniger Busse und weniger Kilometer, und das gilt für alle natürlich gleich.“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Und wie können Sie dann nachher sicher gehen, dass die, die beim „ANKÖ“ reingeschaut haben und diese 15-Minuten-Taktung.....“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Beim was?“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Im „ANKÖ“, also über die „ANKÖ“, über die Onlinesoftware für die Ausschreibung ist es eingegeben worden. Das heißt, Firmen haben sich melden können.....“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ja, ja!“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Ja, das heißt, wie können Sie nachher dann sicher gehen, dass bei einer 30-Minuten-Taktung nicht ein noch günstigeres Angebot hätte werden können. Rein theoretisch müsste man – unserer Meinung nach – neu ausschreiben, weil es ja natürlich andere Kriterien sind für diese Fahrt.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Das sieht unser Rechtsvertreter anders, und deswegen haben wir es auch so entschieden.“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Okay, das heißt, Sie sehen das nicht ein, dass wenn sich die Bedingungen ändern von viermal die Stunde auf zweimal, dass man das etwa neu ausschreiben müsste?“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Also, wir haben das bei unserem Rechtsvertreter hinterfragt und da ist uns mitgeteilt worden, dass hier keine wesentlichen Änderungen im Sinne des § 365 des Bundesvergabegesetzes vorliegen.“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Okay, danke.“

Gemeinderat Günter Kovacs:

„Da möchte ich noch eine Zusatzfrage stellen. Das ist schon sehr interessant, weil Herr Klubobmann gerade gesagt hat, schon die Begründung, warum hat man nicht zumindest ein Angebot legen lassen von anderen Anbietern wenn man schon hat und wenn man vor allem einen burgenländischen Anbieter hat. Wir haben einen Wiener Neustädter Anbieter, den Herr Partsch, wir hatten burgenländische Unternehmen, Unternehmen wie zum Beispiel Blaguss, eine sehr renommierte Busflotte aus dem Burgenland, und der konnte kein Angebot legen.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Doch! Er hat ja eines gelegt.“

Gemeinderat Günter Kovacs:

„Er konnte kein Angebot über die 30-Minuten-Taktung legen. Das muss man sich schon mal auf der Zunge zergehen lassen. Für mich stellt sich die Frage, warum man das nicht macht. Weil, wenn dann der Partsch dann nachher bei den 30 Minuten günstiger ist, dann ist es ja auch gut so, und so soll es dann auch sein. Aber zumindest, dass jeder dann die Möglichkeit hat, das ist sehr hinterfragenswert, und da frage ich mich wirklich, warum man das nicht macht. Auch im Sinne der Steuerzahler, es hätte sein können, dass der Unternehmer wie die Firma Blaguss noch einmal nachbessert und sagt okay, ich kann um diesen Preis fahren. Also diese Möglichkeit einem Anbieter zu geben, das muss gegeben sein.....alles sehr hinterfragenswert.....“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Darf ich nur erklären. Eine Nachbesserung ist überhaupt nicht möglich, das ist ja das Wesen des Vergabegesetzes, dass, wenn Angebote da sind nicht im Nachhinein sozusagen dann irgendwie herumverhandelt werden darf. Nein, da geht es rein um eine Herunterrechnung auf den 30-Minuten-Takt und der gilt ja für jeden gleich. Ist ja ganz logisch, was soll sich ändern?“

-Zwischenrufe Gemeinderat Günter Kovacs –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Das ist kein Angebot, sondern das ursprüngliche Angebot mit der 15-Minuten-Taktung ist herunter gerechnet worden auf einen 30-Minuten-Takt, sonst nichts, und das kann man bei jedem anderen genauso machen.“

-Zwischenrufe Gemeinderat Günter Kovacs –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Was heißt anbieten?“

-Zwischenrufe Gemeinderat Günter Kovacs –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Es ist ja nur ein Rechenbeispiel! Ist das nicht logisch?“

- Zwischenrufe –

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Es ist zwar, so wie Sie gemeint haben, ein Herunterrechnen, das stimmt, aber generell kann man immer noch nicht ausschließen, dass bei einer 30-Minuten-Taktung nicht noch mehr Firmen hätten anbieten wollen. Es war eine 15-Minuten-Taktung ausgeschrieben, keine 30-Minuten-Taktung, das heißt, wenn zum Beispiel ein Unternehmer sagt, dass ihm 15 Minuten zu viel sind und er das mit seinem Personal und seinem Angebot nicht schafft, ich werde bei der Ausschreibung nicht teilnehmen, hat er keine Chance gehabt, dass er bei der 30-Minuten-Taktung teilnimmt. Danke.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Nur noch einmal, wir haben das unter juristischer Begleitung gemacht. Die Mitteilung der Kanzlei war, dass das so in Ordnung ist – davon gehe ich natürlich auch aus – im Übrigen haben bei der letzten Ausschreibung, wo wir den 30-Minuten-Takt ausgeschrieben haben, exakt die gleichen Firmen übrigens angeboten..... interessanterweise. Insofern glaube ich nicht, dass es jetzt weitere Firmen gegeben hätte, die jetzt nur deswegen, weil es ein 30-Minuten-Takt ist sozusagen angeboten hätten. Es sind exakt die gleichen Firmen und wie gesagt, die Frage ob man jetzt einen 30- oder einen 15-Minuten-Takt fährt, ist ein reines Hinunterrechnen bei

Anboten, das ist einfach so. Man braucht ein bisschen weniger Busse, und man fährt weniger Kilometer, und daraus ergibt sich der Preis.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag mit den Stimmen der ÖVP-Gemeinderatsmitglieder – Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner, Vizebürgermeister Istvan Deli, BA, Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth, Stadträtin Birgit Tallian, Stadtrat Stefan Lichtscheidl, Adelheid Hahnekamp, Ruth Klinger-Zechmeister, BA, Josef Weidinger, Waltraud Bachmaier, Hermann Nährer, Gerald Hicke, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich, DI Otto Prieler, Werner Klikovits, Michael Nemeth, MBA sowie Daniel Janisch (ÖVP-Ersatzmitglied) und mit den Stimmen der Grünen-Gemeinderatsmitglieder –Samara Sánchez Pöll, Dr. Siegfried Mörz sowie Claudia Krojer (Grüne-Ersatzmitglied) gegen die Stimmen der SPÖ-Gemeinderatsmitglieder – Vizebürgermeisterin Charlotte Toth-Kanyak, Stadträtin Beatrix Wagner, DI Markus Rauchbauer, BSc, Elke Riener, Christoph Fertl, Andrea Fassl, Günter Kovacs sowie Christoph Kainz und gegen die Stimme des FPÖ-Gemeinderatsmitglieds Ing. Bernhard Skaumal (FPÖ-Ersatzmitglied) mehrheitlich zum Beschluss erhoben wurde.

5. Förderungsvertrag für emissionsfreie Busse und Ladeinfrastruktur für den Stadtbus Eisenstadt, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister, BA das Wort. Diese erstattet folgenden

Bericht

Österreichweites Ziel ist es, den Anteil emissionsfreier Busse im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) drastisch zu steigern. So sollen bis zum zweiten Quartal 2026 mindestens 682 aller im innerösterreichischen Linienverkehr im Einsatz befindlichen Busse auf emissionsfreie Busse umgestellt und die für den Betrieb notwendigen Infrastrukturen installiert worden sein. Durch eine Umstellung von derzeit fossil betriebenen Bussen auf emissionsfreie Antriebe, also Elektrobusse, Oberleitungsbusse oder Busse mit Wasserstoff-Brennstoffzellenantrieb und gleichzeitigem ausschließlichen Einsatz von erneuerbarer Energie können die Emissionen drastisch gesenkt werden. Das Förderprogramm trägt zur Senkung der Treibhausgasemissionen und zur Ressourcenschonung bei. Gleichzeitig werden weitere

maßgebliche Umwelteffekte im Bereich der Luftreinhaltung und des Lärm-schutzes erreicht.

Auf Basis des Förderungsansuchens vom 26.04.2023, der Empfehlung des Bewertungsgremiums und der getroffenen Förderungsentscheidung wird eine Förderung für folgendes Vorhaben gewährt:

Förderungsansuchen: 10 emissionsfreie Busse und Ladeinfrastruktur für den Stadtbus Eisenstadt ab 2024/25

Maximal förderbare Kosten: € 3.146.000,--

Art und Höhe der Förderung: € 2.318.400,--

Aus budgetären Gründen kann der 15-min-Takt nicht realisiert werden. Dadurch ergibt sich eine geringere km-Leistung, die auch zur Reduktion der Förderung führt, da für den Betrieb statt der angesuchten 10 emissionsfreien Busse nur mehr 6 angekauft werden. Nach Rücksprache mit der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG) wird nach tatsächlichem Aufwand abgerechnet. Eine etwaige Reduktion der Fahrzeuge ist der FFG bekannt zu geben und zu begründen.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz richtet daher an den Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge den Förderungsvertrag, abgeschlossen zwischen der Republik Österreich (Bund), vertreten durch das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, vertreten durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG) (Sensengasse 1, 1090 Wien FN: 252263a), als Förderungsgeber und der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt als Förderungsnehmer beschließen.

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Ersatzgemeinderätin Claudia Krojer das Wort. Diese führt aus:

„Guten Abend, meine Damen und Herren, werte Kollegen und Kolleginnen!

Ich bin nur Vertretung und lese das Statement von Anja Haider-Wallner vor:

„Als begeisterte Stadtbusfahrerin freut es mich, wie gut es angenommen wird. Man kommt mit dem Bus stressfrei in alle Ecken der Stadt und muss sich nicht über Stau,

Ampeln und Parkplatzsuche ärgern. Nebenbei erfüllt der Stadtbus auch eine soziale Funktion, fast immer trifft man jemanden zum Plaudern. Was 2016 technisch und finanziell noch nicht umsetzbar war, ist nun dank großzügiger Förderungen vom Klimaschutzministerium möglich. Ein Meilenstein hin zur Klimaneutralität. Durch die neue App wird es noch einfacher, die Busse zu nutzen, und die Linienführung kann optimiert werden.“

Danke."

Gemeinderat Ing. Bernhard Skaumal:

„Ich finde die Umstellung auf erneuerbare Energie und Elektrotechnik natürlich positiv. Meine Frage ist, das sind voll funktionstüchtige Busse, und jetzt werden sie 2025 einfach ausgetauscht, die haben ja bereits ihren ökologischen Fußabdruck geleistet die Busse, die sind schon angekauft, produziert, fahren, und jetzt kommen wieder neue Busse, wo die anderen noch völlig funktionstüchtig sind. Das verstehe ich nicht. Die Praxis zeigt, solche Busse werden ja nicht ausgeschieden, werden stillgelegt und fahren dann nicht mehr, sondern wandern dann in irgendwelche anderen Länder, um dort die Emissionen auszublasen. Das finde ich nicht sinnvoll. Ich finde es sinnvoll, wenn Busse, die ausscheiden, weil sie nicht mehr fahrtüchtig sind, dann ersetzt werden durch erneuerbare Energie. Das finde ich weit besser. Danke.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner

„Ja, nur muss man sagen, dass diese Dieselbusse nämlich genau auf diese 8 Jahre angelegt waren und auch sind. Die sind auch entsprechend abgeschrieben, und im Übrigen gehören sie ja nicht uns, sondern die werden vom Unternehmer beigestellt. Was der dann mit den Bussen macht, ob er sie dann in seiner Flotte wieder einbindet, weiß ich nicht, aber ich gehe davon aus, wenn sie nicht kaputt sind, dass er sie weiter nützen wird.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

**6. Entwidmung Teilungsplan GZ. , St. Georgen), Beratung und
Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister, BA das Wort. Diese erstattet folgenden

Bericht

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gemäß § 12 Abs. 1 i.V.m. §§ 60 und 62 EisStR 2003 i.d.F. LGBl. Nr. 18/2022 wird verordnet:

VERORDNUNG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt hat in seiner Sitzung am 23.10.2023 Folgendes beschlossen:

ENTWIDMUNG

Nachstehende Teilstücke werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) entwidmet:

Trennstückeliste von Grundstück GZ.: 18166/23					
Tr.Nr.	von Gst.Nr.	Fläche	EZ	KG	Eigentümer
1	58	▪	Freistadt Eisenstadt-öffentliches Gut
2	62	▪	Freistadt Eisenstadt-öffentliches Gut

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

7. 1. Nachtragsvoranschlag 2023, Beratung und Beschlussfassung

a) 1. Nachtragsvoranschlag 2023

b) Mittelfristiger Finanzplan 2023 – 2027

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat DI Otto Prieler das Wort. Dieser stellt folgenden

Bericht

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgende Beschlussanträge:

a) 1. Nachtragsvoranschlag 2023

BESCHLUSSANTRAG

K U N D M A C H U N G

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge den vorliegenden 1. Nachtragsvoranschlag 2023 beschließen:

Der 1. Nachtragsvoranschlag 2023 wird wie folgt festgesetzt:

	VA 2023 inkl. 1. NVA EUR	VA 2023 EUR	1. NVA EUR
<u>1. Ergebnisvoranschlag NVA 2023</u>			
21 Summe Erträge	51.807.200,00	50.497.600,00	1.309.600,00
22 Summe Aufwendungen	53.041.500,00	50.693.200,00	2.348.300,00
SA0 Nettoergebnis (21-22)	-1.234.300,00	-195.600,00	-1.038.700,00
23 Summe Haushaltsrücklagen	0,00	0,00	0,00
SA00 Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen (SA 0+ / - SU23)	-1.234.300,00	-195.600,00	-1.038.700,00
<u>2. Finanzierungsvoranschlag NVA 2023</u>			
31 Summe Einzahlungen operative Gebarung	50.035.900,00	49.327.300,00	708.600,00
32 Summe Auszahlungen operative Gebarung	48.900.800,00	46.552.500,00	2.348.300,00
SA1 Saldo (1) Geldfluss aus der Operativen Gebarung (31-32)	1.135.100,00	2.774.800,00	-1.639.700,00
33 Summe Einzahlungen investive Gebarung	5.650.600,00	4.621.600,00	1.029.000,00
34 Summe Auszahlungen investive Gebarung	8.991.400,00	8.074.900,00	916.500,00

SA2 Saldo (2) Geldfluss aus der Investiven Gebarung (33-34)	-3.340.800,00	-3.453.300,00	112.500,00
SA3 Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)	-2.205.700,00	-678.500,00	-1.527.200,00
35 Summe Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	2.300.000,00	2.300.000,00	0,00
36 Summe Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	1.462.200,00	1.621.500,00	-159.300,00
SA4 Saldo (4) Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit (35-36)	837.800,00	678.500,00	159.300,00
SA5 Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 3 + Saldo 4)	-1.367.900,00	0,00	-1.367.900,00

Gemeinderat DI Otto Prieler:

„Herr Bürgermeister, hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, Frau Magistratsdirektor, werte Damen und Herren!

Der Nachtragsvoranschlag 2023 ist deshalb sinnvoll und notwendig, weil der Voranschlag ja schon Wochen vor dem Budget erstellt werden muss und viele Dinge zu diesem Zeitpunkt noch nicht ganz klar, absehbar oder auch beschlossen sind. Ich erinnere gerade im heurigen Jahr an Inflation, Gehaltsabschlüsse, Zinsen und Energiekosten. Nach einem dreiviertel Jahr unter den tatsächlichen Bedingungen kann man schon genauer die Auswirkungen und Veränderungen auf das Budget erkennen und diese im Nachtragsbudget nachjustieren. Auch der Nachtragsvoranschlag ist die bilanzähnliche Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben, die für die Absicherung der Tätigkeiten unserer Stadt, ihrer Bewohner und die Mitarbeiter Geldmittel zur Verfügung stellt und Leitlinie und Auftrag für die Verwaltung dieses Jahres darstellt. Das in Zahlen gegossene Konvolut umfasst auf 271 Seiten die nun erwartenden Einnahmen in Höhe von € 51.807.200,-- gegenüber dem im Voranschlag veranschlagten € 50.497.000,-- und Ausgaben von € 53.041.500,-- gegenüber dem im Voranschlag veranschlagten € 50.693.000,--. Dies führt im nun vorliegenden Ergebnisvoranschlag zu einem Minus von € 1.234.300,-- gegenüber dem Minus im Voranschlag von € 195.600,--. Bei den Erträgen wird ein Plus von € 1.309.600,-- erwartet, sowohl aus der operativen Verwaltungstätigkeit, nämlich mit € 701.700,-- als auch den Transfererträgen mit € 607.900,--. Bei den Aufwendungen sind Erhöhungen von € 2.348.300,-- zu erwarten, in Summe sind dies in den Bereichen Personalaufwand mit € 476.000,--, Sachaufwand mit € 770.100,--;

Transferzahlungen mit € 751.100,-- und im Finanzaufwand mit € 351.100,-- mehr als im Voranschlag vorgesehen. Hier wirkten sich besonders die Erhöhungen für die Investitionen von 6 zusätzlichen Photovoltaikanlagen, der Zuschuss bei den Freizeitbetrieben, nämlich die Tribüne bei der Leichtathletikanlage und der Kanalbau in der Bahnstraße aus, das sind alles Investitionen in die Zukunft. Aber auch die durch die Vorgaben des Landes gestiegenen Personalkosten, der Zinsanstieg und Kostensteigerungen durch die Inflation wirkten sich kostenerhöhend aus. Durch durchdachte Spar- und Gegensteuerungsmaßnahmen konnten im Gegenzug aber zum Beispiel die Energiekosten verringert werden. Bei den Investitionsmaßnahmen sind besonders die Bundesförderungen, nämlich das KIP 2023 sehr hilfreich. Der Finanzierungsvoranschlag ist leider auch mit € 1.367.900,-- negativ, trotz aller Schwierigkeiten können wir aber auf Grund der soliden wirtschaftlichen Haushaltsführung der vergangenen Jahre mit diesem Nachtragsvoranschlag die vom Land geforderten Liquiditätskriterien erfüllen.

Ich bedanke mich bei den Mitarbeitern des Hauses, allen voran Finanzdirektor Mag. Michael Lebeth für die verantwortungsvolle Erarbeitung dieses, seines letzten Nachtragsvoranschlages. Ich darf Dir, lieber Michael, einen herzlichen Dank und Anerkennung aussprechen und mich für Deine gute Zusammenarbeit bedanken.

Wir haben uns in der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 18.10.2023 mit diesem Nachtragsvoranschlag eingehend befasst und ich möchte, bevor ich zum Beschlussantrag komme, zur Diskussion einladen. Dankeschön.“

Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, meine Damen und Herren! Heute steht - wie bekannt - der 1. Nachtragsvoranschlag für das Budget 2023 zur Diskussion und Beschlussfassung. Der Antragssteller hat sich ja schon in den letzten Monaten sehr gut in die Materie eingearbeitet und hat mir schon vieles vorweg genommen. Ich möchte nur eines erwähnen, dass dieser Nachtragsvoranschlag der erste und letzte sein wird. Er enthält keine wirklich großen Neuerungen, sondern es geht hier in erster Linie um Kontenangleichungen, die zum Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlages noch nicht absehbar waren. Es geht um vergleichsweise geringe Summen, ich möchte nur ein paar herausgreifen. Otto hat es ja zum Teil schon gemacht, damit man ein Gefühl dafür bekommt. Es geht eben um die zusätzlichen Investitionen bei der Photovoltaikinitiative, bei der Leichtathletikarena, wir haben zusätzliche Mittel von € 100.000,-- für die Straßenerhaltung drinnen, und das

Jugendheim Kleinhöflein ist auch berücksichtigt und auch zusätzliche Subventionen. Im Wesentlichen alles Investitionen in die Umwelt- und Lebensqualität unserer Bürger. Es geht auch darum, wir haben es ebenfalls schon gehört, dass man Kostenerhöhungen oder –verringerungen einpreist, wie eben beim Personal, bei der Energie und bei den Zinsen. Bevor ich aber ein bisschen ins Detail gehe, möchte ich weil der Konzentrations- und Aufmerksamkeitspegel dann vielleicht geringer wird, wenn ich ein bisschen mehr mit Zahlen hantiere. Ich möchte aber meine Redezeit nützen, um mich beim Finanzdirektor Michael Lebeth zu bedanken. Nachdem es voraussichtlich heute seine letzte Gemeinderatssitzung als aktiver Finanzdirektor sein wird, glaube ich ist es eine gute Gelegenheit, um kurz unsere gemeinsame Zeit Revue passieren zu lassen und ein aufrichtiges, ehrliches „Danke“ zu sagen. Keine Sorge, es wird keine emotionale Verabschiedung oder Laudatio im eigentlichen Sinn, dazu wird es an anderer Stelle noch ausreichend Möglichkeiten geben. Aber nachdem wir beide ja schon über 20 Jahre die finanziellen Geschicke unserer Landeshauptstadt gemeinsam begleiten, ist dieser Rahmen – so glaube ich – durchaus angemessen. Begonnen hat es im Jahr 2002, da haben sich unsere beruflichen Wege wiederum gekreuzt. Wir kennen uns ja schon aus der Schulzeit, aus schönen „Jesus Christ Superstar“ und „Musical-Jahren“, aber politisch und beruflich gemeinsam ging es 2002 los. Er war damals noch ein – an städtischen Dienstjahren – junger Finanzdirektor. Bürgermeister Peter Nemeth hatte ihn ein Jahr zuvor ins Magistrat geholt und ich war der neue Finanzstadtrat. Das Budget 2003 war unser erster gemeinsamer Voranschlag. Wir waren beide nicht ganz unerfahren. Mischko war ein langjähriger „Banker“, hatte schon ein Budget mit meiner Vorgängerin Helga Braunrath gut über die Bühne gebracht, und ich hatte auch schon fast 12 Jahre Gemeinderats- und Finanzausschusserfahrung auf dem Buckel. Was danach folgte, waren 21 erfolgreiche Budgets, mit heute 22 Nachtragsvoranschläge und 21 Rechnungsabschlüsse und sicher über 100 Finanzausschusssitzungen. Es gab schwierige Jahre, sehr schwierige Jahre, aber natürlich auch entspanntere Zeiten. Mag. Michael Lebeth war in dieser Zeit immer fachlich top, gut vorbereitet, aber auch witzig und humorvoll, es war jedenfalls immer ein Vergnügen, mit ihm zusammen zu arbeiten. Manchmal konnte er aber auch ein richtiges „Rumpelstilzchen“ sein und sich über Dinge maßlos ärgern. Dann lag es an mir, ihn wieder „runterzuholen“ und ihn wieder zu „beruhigen“. Was meistens gelungen ist. Ich würde sagen, wir haben uns sehr gut ergänzt, und er hat mit seiner amikalen und politisch

neutralen Art sehr dabei geholfen, immer wieder den Draht zu den politischen Parteien zu knüpfen und zu finden. So konnten die Budgets, aber auch die Nachtragsvoranschläge und Rechnungsabschlüsse meist mit breiter Mehrheit, oder zumindest mit dem einen oder anderen Partner beschlossen werden. Und das ging immer quer durch die Parteien, ob die handelnden Personen jetzt Norbert Hofer von der FPÖ, oder Regina Petrik oder auch Günter Kovacs hießen. Mischko hatte die Gabe, die nicht einfachen Budgetsachverhalte auch für Laien immer klar und verständlich zu erklären und stand dabei immer allen über alle Parteigrenzen hinweg, mit Rat und Tat zur Seite. Dafür möchte ich mich in meinem Namen, aber auch im Namen aller Gemeindemandatare abschließend herzlich bedanken. Mischko ein großes „Danke“ und „Vergelt's Gott“ für deine herausragende Arbeit. Aber auch für deine Freundschaft in den letzten 22 Jahren! Dankeschön.

Bei so einem Abschied, bei so einer Zäsur tritt ein relativ unspektakulärer Nachtragsvoranschlag natürlich in den Hintergrund, aber der Ordnung halber kann ich Ihnen trotzdem ein paar Zahlen nicht ersparen. Doch mehr als sonst, weil Otto hat schon sehr gut vorgearbeitet, aber den Nachtragsvoranschlag zu beraten und zu beschließen, ist nun mal unsere ureigene Aufgabe. Ich werde mich heute aber tatsächlich auf einige wenige, durchaus wesentliche Kennzahlen beschränken. Den Ergebnishaushalt lasse ich aus Zeitgründen einmal komplett weg, den hat Otto wirklich hervorragend erklärt. Ich möchte nur dazu sagen, grundsätzlich sind wir mit unseren Prognosen relativ gut gelegen, so erhöhte sich die Summe der Erträge im Ergebnishaushalt nur um 2,5 %. Das ist in diesen volatilen Zeiten meiner Meinung nach schon ein sehr treffsicheres Ergebnis. Da gab es anderswo schon gewaltigere Abweichungen. Andererseits sind auch die Aufwendungen für Personal- und Betriebsaufwand gestiegen, vor allem, dass wir zusätzliches Personal in der Kinderbetreuung aufnehmen mussten und durch Überstunden und Nachbesetzungen. Auch die Landesregelung, muss man sagen, bei den Gehaltserhöhungen hat sich negativ auf unsere Personalkosten ausgewirkt. Sie erinnern sich: Das Land hat € 300,-- pauschal für jeden gegeben. Der Anstiegswert bei den Geringverdienern lag dadurch deutlich höher über unseren prognostizierten 8 %. Und dadurch hat es unter anderem auch diesen Anstieg gegeben, der ein bisschen höher war, als wir eigentlich vorgesehen hatten. Ich möchte mir jetzt gar nicht ausmalen, wie es aussehen würde, hätten wir seinerzeit dem Drängen auf den Mindestlohn, analog dem Landesdienst, nachgegeben. Wir hätten jetzt Mehrkosten von mehreren

Hunderttausend Euro, schon knapp an die Million hin, ohne dass wir einen einzigen Bediensteten mehr angestellt hätten. Bei einigen Gemeinden, die das seinerzeit gemacht haben, geht es – so hört man – jetzt genau in eine andere Richtung. Damit die überhaupt ein Budget darstellen können, müssen sie jetzt Personal einsparen, sprich kündigen. Also, Gott sei Dank, sind wir da einen anderen Weg gegangen. Bei uns erhöhen sich in Summe die Aufwendungen jedenfalls um € 2,34 Millionen. Gegenüber dem Voranschlag ergibt sich dadurch eine allerdings durchaus moderate Verschlechterung des Nettoergebnisses von € 1,03 Millionen. Dadurch ändert sich auch die Nettoergebnisquote von budgetierten 0,39 % auf minus 2,3 %. Ich komme jetzt, weil das Otto nicht so deutlich herausgestrichen hat, er hat mir doch ein bisschen was übrig gelassen, zur zweiten Säule, nämlich zum Finanzierungshaushalt, und da stellt sich die Lage wie folgt dar: Wir haben ursprünglich im Finanzierungs-voranschlag in der operativen Gebarung € 49,3 Millionen Einnahmen und Auszahlungen von € 46,5 Millionen verzeichnet. Das ergab einen Cash-Flow von € 2,77 Millionen, aus dem die Investitionen und Tilgungen bedient werden sollten. Unter Berücksichtigung des 1. Nachtragsvoranschlag haben sich die Einzahlungen in der operativen Gebarung um € 700.000,- auf über € 50 Millionen erhöht. Die Auszahlungen allerdings auch um € 2,3 Millionen auf € 4,8 Millionen. Dadurch ergibt sich ein aktuell geringerer Cash-Flow von € 1,135 Millionen. Und zusammen mit dem Geldfluss der investiven Gebarung, der € 3,3 Millionen beträgt, ergibt sich ein Nettofinanzierungssaldo von minus € 2,2 Millionen. Ursprünglich hatten wir hier minus € 678.500,- vorgesehen. Der Grund dafür liegt, wie bereits eingangs erwähnt, in den verstärkten Investitionen in der Infrastruktur.

Zusammen mit dem Saldo aus der Finanzierungstätigkeit ergibt sich ein Saldo der voranschlagswirksamen Gebarung mit minus € 1,367 Millionen. Der war im Budget mit Null angesetzt, und das ist unter der Berücksichtigung des Nachtragsvoranschlag momentan unser echter operativer Verlust. Wie wir wissen, darf auf Grund eines Erlasses der Landesregierung beim Nachtragsvoranschlag im Falle eines negativen Finanzierungshaushaltes – wie er ja bei uns vorliegt - das fiktive „Minus“ maximal die Höhe des Kassenstandes am 31.12. des Vorjahres betragen, und der betrug bei uns zu diesem Zeitpunkt € 3,2 Millionen, war also um € 1,8 Millionen deutlich höher als unser negativer Finanzierungssaldo. Das versetzt uns auch in die Lage, trotz negativer freier Finanzspitze von 0,58 %, die Vielzahl unserer geplanten Investitionsvorhaben im Wesentlichen umzusetzen. 2023 werden ja inkl.

Nachtragsvoranschlag Investitionsvorhaben in Höhe von über € 8,3 Millionen geplant und umgesetzt. Die meisten Positionen habe ich ja zu Beginn meiner Ausführungen schon gesagt bzw. hat das Otto schon gemacht. Deshalb möchte ich das jetzt wirklich nicht wiederholen.

Soweit, meine Damen und Herren, eine kurze Erläuterung der Eckpunkte des vorliegenden Nachtragsvoranschlages, wie gesagt, alles eigentlich unspektakulär, alles bekannte Projekte, die mit großer Mehrheit hier im Gemeinderat beschlossen wurden. Abschließend möchte ich der gesamten Finanzabteilung für die geleistete Arbeit danken, sie wurde wie immer mit sehr viel Verantwortung und Fachwissen durchgeführt. Und dem scheidenden Finanzdirektor wünsche ich für den neuen Lebensabschnitt alles Gute, Gesundheit und Freude an seinen neuen Aufgaben in der Pension. Ich hoffe, dass er jetzt nicht gleich seine Telefonnummer ändert und sich auf seine Seehütte zurückzieht, sondern uns in guter Erinnerung behält und dass er auch zukünftig, zumindest eine Zeitlang, mir, uns und dem neuen Finanzdirektor, wenn es notwendig ist und wenn wir Fragen haben, mit seiner jahrelangen Erfahrung und seinem exzellenten Fachwissen, offen steht. Alles Gute lieber Mischko!

Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren, nun mehr den vorliegenden Nachtragsvoranschlag als das zu sehen, was er ist: ein notwendiges Rechenwerk, um Feinabstimmungen vorzunehmen und den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Gebarung zu genügen und dem entsprechenden Beschlussantrag des Antragstellers Ihre Zustimmung zu erteilen. Vielen Dank.“

Ersatzgemeinderat Ing. Bernhard Skaumal:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Thema „Personal“: Hier nehme ich Bezug auf die Ausführungen des „Nachtragsvoranschlages 2023“ auf Seite 4 unter Punkt C und wundere mich über die Rechtfertigung der Stadt, warum u.a. mehr Geld ausgegeben wurde als eigentlich geplant. Unter anderem entstanden Mehrkosten von € 476.000,-- im Jahr 2023 durch die Nachbesetzung von Personal. Ich frage mich, wie genau durch die Nachbesetzung z.B. von Mitarbeitern, welche in Pension gehen, Mehrkosten entstehen können?

Zum Thema „Sicherheit“: Da zitiere ich mich selbst aus der Gemeinderatssitzung vom 12. Dezember 2022 mit meiner Wortmeldung unter Tagesordnungspunkt 29 zum Thema „Voranschlag 2023“.

- Zitat Anfang -

„Zum Thema Sicherheit: Wir alle kennen die immer häufiger werdenden Vorfälle in Eisenstadt, wo Frauen belästigt, Kindern nachgestellt und im Allgemeinen nicht nur das Sicherheitsgefühl der Bürger deutlich schlechter wird, sondern auch die Zahlen bestätigen es, dass Eisenstadt vor allem nachts teilweise nicht mehr sicher ist. Ich persönlich finde die Aktion im Schlosspark, unterhalb der Orangerie, mit den Sprüchen gegen Frauengewalt an den 461 Bäumen richtig und gut. Aber ich sehe jedoch seitens der politischen Stadtführung auch hier im Voranschlag keinen Willen, etwas an der aktuellen schlechten Situation zu verändern. Die Zahlen sprechen für sich: Im Ergebnishaushalt unter „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“ ca. € 540.000,--, hingegen für Kunst, Kultur und Kultus ca. € 720.000,--, das sind fast € 200.000,-- mehr für Kunst als für Sicherheit für unsere Bürger.“

- Zitat Ende -

Die Stadtführung hat bis dato nicht gehandelt! Es macht sich auch in einem Hilferuf eines Vaters bemerkbar, welche nach meinem Kenntnisstand an alle Fraktionen verteilt wurde. Ich zitiere die Mail, für welche ich auch das Okay vom Verfasser bekommen habe:

- Mail Anfang -

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, die Info möchte ich Ihnen nicht vorenthalten und wünsche mir als Vater von kleinen Kindern, die auch über den Domplatz müssen, dass die Politik handelt.“

- Zwischenruf -

Ersatzgemeinderat Ing. Bernhard Skaumal:

„Darf ich bitte fortführen..... Danke!“

- Mail Fortsetzung -

„Offenbar treibt ein psychisch kranker Mann, vermutlich obdachlos, sein Unwesen am Domplatz. Es gibt dazu verstörende WhatsApp-Videos von Schülern...

Es wäre schade, wenn erst wieder etwas passieren muss, damit die Verantwortlichen handeln. Vielen Dank!“

- Mail Ende -

Sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, unsere Befürchtungen haben sich leider bewahrheitet. Schade, dass die Stadtführung bis jetzt nicht aktiv geworden ist

und wie von uns gefordert, mehr Geld für die öffentliche Sicherheit zur Verfügung gestellt hat.

Zum Thema „Bauprojekte“:

Durch die Stadtführung beschlossene Bauprojekte, wie zum Beispiel das Haydnkino und die Stadtvilla, sind im Jahr 2023 Mehrkosten im Wert von € 3,15 Millionen angefallen. Dazu kommen noch die geplanten Baukosten. Ich wiederhole, Mehrkosten von über € 3 Millionen im Jahr 2023. Zu finden unter Punkt C, „Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag“. Dazu ist zu sagen, dass es ganz einfach wäre, in Zeiten von Teuerung und Inflation diese Bauprojekte sofort zu stoppen oder zumindest „auf Eis zu legen“, um damit Projekte, welche die Teuerung abfedern, zu finanzieren. Viele Bürger unserer Stadt können nicht nachvollziehen, warum wir solche enormen Summen an Steuergeld für zum Beispiel zwei Bauprojekte ausgeben. Sind Vernissagen im Haydnkino wirklich so viel wichtiger, als sparsam mit dem Geld unserer Bürger umzugehen? Die gesetzlichen Rahmenbedingungen, ausufernde Kosten zu verhindern, sind gegeben. Es liegt also an der Stadtführung bzw. an jedem Gemeinderat, im Sinne oder gegen die Interessen der Bürger zu handeln. Gesetzlich ist es jedenfalls möglich, die ausufernden Kosten zu verhindern und die Bauprojekte zu stoppen oder „auf Eis zu legen“.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass der Voranschlag vollständig und rechnerisch richtig ist, dafür mein Dank an Herrn Mag. Lebeth. Ich halte aber zum Schluss fest, dass der Finanzierungshaushalt unserer Stadt einen negativen Saldo von € 1,37 Millionen aufweist. Die erlaubte Höchststumme des Landes Burgenland für einen negativen Finanzierungshaushalt wird zu 42 % ausgeschöpft. Da die politischen Entscheidungen der Stadtführung im Nachtragsvoranschlag nicht nachvollziehbar sind, erhalten Sie auch keine Zustimmung unserer Fraktion.“

Gemeinderat Dr. Siegfried Mörz:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf mich diesmal eher kurz halten. In Anbetracht der epischen Breite meiner Vorredner beziehe ich mich jetzt eher auf ein paar Eckdaten, um unseren Standpunkt ein bisschen plausibel darzulegen. Ich stelle ab auf den Finanzierungshaushalt, wir haben hier Einnahmen die etwas höher liegen als ursprünglich geplant von € 50 Millionen, wir haben Ausgaben von € 48,9 unter Berücksichtigung der Investitionen, die wir völlig verstehen. Infrastruktur, Photovoltaik von € 8,6 hat man dann einen negativen Abgang von € 2,2, das ist natürlich höher als erwartet. Nach Finanzierung

schaud es ein wenig anders aus, da kommen wir auf die minus € 1,4. Soweit für mich nachvollziehbar, das sind aber auch keine großen Überraschungen. Wir werden daher diesem Antrag zustimmen. Abschließend darf ich mich auch dem Dank meiner Vorredner anschließen an den Mag. Lebeth. Ich muss ehrlich sagen, die Zusammenarbeit war immer höchst professionell. Ich habe einiges gelernt, es ist ja doch so, dass die betriebswirtschaftliche Buchungssystematik trotz doppelter Buchführung ein wenig abweicht. Habe das sehr geschätzt, war immer auch geduldig und ausführlich mit seinen Erklärungen, wird große Fußstapfen hinterlassen, ich hoffe, dass das sein Nachfolger füllen kann. Ich kenne Mischko schon seit meiner Studienzeit. Ich muss sagen, was ich besonders an ihm schätze, ich habe immer das Gefühl gehabt, dass er das Geld und den Haushalt so verwaltet, als wäre es sein eigenes Börserl. In diesem Sinne, herzlichen Dank lieber Mischko!“

Gemeinderat Christoph Fertl:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Gäste und Medienvertreter!

Eigentlich wollte ich zu diesem Punkt nichts sagen, aber wenn von einem langjährigen Stadtrat nachher kommt „Gott sei Dank haben wir den Mindestlohn nicht umgesetzt“ – nach einer Ansprache äußerst wertschätzend gegenüber dem Herrn Lebeth, dann verstehe ich das nicht ganz, weil ehrlich gesagt, bei den ganzen Ausgaben, was die Stadt hat, wäre der Mindestlohn leicht umzusetzen gewesen. Und auf Hörensagen nachher dann zu sagen, „es gibt Gemeinden, die wegen dem Mindestlohn schon Leute entlassen müssen“, ist glaube ich nicht sehr fair und wenn, dann braucht man dazu.....“

-Zwischenruf Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth –

Gemeinderat Christoph Fertl:

„.... ja, aber dann sollte man vielleicht auch nachher dann genau nachfragen, warum das so ist, und nicht so einfach in den Raum zu werfen und eigentlich zum 1. Nachtragsbudget hier das zu sagen, finde ich nicht passend. Also, ich weiß nicht, ob Sie dann in den Kindergarten oder in die Volksschule gehen und nachher dann zu den Betreuer*innen sagen, „Gott sei Dank ist der Mindestlohn nicht umgesetzt worden“ und „leider haben wir uns an die € 300,-- vom Land halten müssen“, weil ich glaube,

die sind froh, dass sie das bekommen haben. Aber wie gesagt, als langjähriger Stadtrat wird man es vielleicht nicht notwendig haben. Danke.“

-Zwischenruf Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth –

- Zwischenrufe –

Gemeinderat Günter Kovacs:

„Auch in aller Kürze, aber ich möchte das noch einmal verstärken. Also wenn 150 Gemeinden das im Burgenland bereits umgesetzt haben, einen Mindestlohn und Du heute voller Stolz hier rausgehst und sagst, dass die Mitarbeiter in Eisenstadt das nicht bekommen, das zeigt große Empathie, Herr Finanzstadtrat – unfassbar eigentlich! Die Mitarbeiter*innen in Eisenstadt bekommen das nicht, anstatt dass Du stolz wärst, wenn sie das auch bekommen würden, diesen Mindestlohn eben, und das sind nicht nur SPÖ-Gemeinden, weil da sind sehr viele ÖVP-Bürgermeister, die das auch umgesetzt haben. Auf der anderen Seite möchte ich mich auch noch bedanken im Zuge – ja, ich hab es nicht einmal vorher gewusst, dass das heute schon Deine letzte Sitzung als Finanzdirektor ist. Seit 2002 bist Du schon Finanzdirektor der Stadt Eisenstadt.“

Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Seit 2001!“

Gemeinderat Günter Kovacs:

„2001! Ich kann das auch bestätigen, eine großartige Zusammenarbeit immer und nicht nur fachlich. Du hast uns das wirklich näher bringen können, wir haben uns dann am Schluss wirklich ausgekannt. Wir haben dann wirklich feststellen können, dass die Finanzen gut verwaltet waren in Deiner Hand. Ich möchte auch erwähnen, dass Du menschlich sehr in Ordnung warst, immer locker drauf und überfraktionell. Dankeschön.“

Gemeinderätin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Magistratsdirektorin, sehr geschätzte Damen und Herren!

Die letzten Jahre waren durch Krisen, Veränderungen und Unvorherzusehendes geprägt. Auch bei der Erstellung des Budgets war es nicht möglich, die Zukunft exakt vorherzusehen. Wir haben da ja heute über das Nachtragsbudget unserer Stadt

einen Beschluss zu fassen. Natürlich möchte ich auch unserem Finanzdirektor Mag. Michael Lebeth danken. Du hast immer meine Fragen, auch wenn sie unkonventionell waren und manchmal von anderer Seite gestellt, wie Du sie erwartet hattest, immer extrem kompetent und geduldig beantwortet. Dankeschön dafür, und wir werden Dich sicher auf der Seehütte mal besuchen, ob Du es willst oder nicht. Natürlich möchte ich aber auch auf die Wortmeldungen meiner Vorredner eingehen. Zum Thema „Sicherheit“. Auch ich habe dieses Mail bekommen von dem Herrn – genau dasselbe Mail. Fakt ist, es wird uns leider nicht gelingen, sozialschwache Personen vollständig aus unserer Umgebung zu entfernen. Bei diesen Menschen, um die es da geht, und es sind Menschen, auch wenn sie Obdachlose sind, ist sicher einiges im Leben schief gegangen. Wir haben aber natürlich reagiert, das darf natürlich das Mitleid mit diesen Menschen nicht zu weit gehen, dass Kinder gefährdet sind, aber ich glaube, man muss da eine Lösung finden, die Sicherheit gewährleistet, und das ist auch geschehen. Es wurde Security informiert zu beobachten und natürlich, wenn es wirklich Sicherheitsgefährdungen gibt, dann würde ich auch alle, auch diesen Vater, ersuchen, dieses Material der Polizei zur Verfügung zu stellen, weil diese WhatsApp Videos hat er mir leider nicht mitgeschickt. Die sind nicht in meinen Händen, deswegen kann ich dazu auch nicht Stellung nehmen. Weil wir als Gemeinderat haben nicht die Aufgaben der Polizei, sondern wir können nur für Security sorgen, dafür sorgen, dass wir ein offenes Auge und ein offenes Ohr für solche Themen haben. Aber es wird uns auch nicht gelingen, diese Menschen alle auf den Weg zu bringen oder weg vom Alkohol zu bringen, leider. Zum Thema „Personal“ möchte ich noch dazu sagen. Das Personal, ja, natürlich würde sich jeder freuen, wenn er möglichst viel Lohn bekommt, und natürlich ist auch in den schwierigen Zeiten für jeden jeder Euro eine Hilfe. Das ist mir auch klar, aber wir sind nicht nur unserem Personal hier verpflichtet sondern wir sind allen Eisenstädterinnen und Eisenstädtern verpflichtet. Und ich glaube, deswegen ist es mir und wahrscheinlich allen hier im Saal ein großes Anliegen, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln sparsam umzugehen. Und leider ist dieser Mindestlohn eben nicht überall umgesetzt, und es gibt die meisten Menschen im Burgenland, die in einem anderen Lohnschema sind. Auch hier müssen wir darauf achten, dass wir unseren Mitarbeitern natürlich so viel Gutes wie möglich tun, aber eben unsere Verpflichtung auch gegenüber allen anderen besteht. Ein ganz großer Teil der Personalsteigerung resultiert aus Mitarbeitern aus der Kinderbetreuung, und das braucht man eben mit

steigenden Kindern, die wir in Eisenstadt ja Gott sei Dank auch haben. Es ist ja schön, wenn eine Stadt viele Kinder hat, denn viele Ortschaften und Gemeinden in anderen Teilen unseres Bundeslandes würden sich das wünschen, dass sie viele Kinder haben, aber es verursacht natürlich auch hohe Kosten. Aber ich glaube, da sind wir uns auch einig, dass wir keine Stellen bei der Kinderbetreuung einsparen, weil gerade hier ist eine hohe Qualität unumgänglich, und auch da sind wir alle einer Meinung, dass wir diese Qualität nur bieten können mit einem entsprechenden Mitarbeiterstand. Gut, dann sind wir natürlich in den letzten Jahren vielen Krisen ausgesetzt gewesen, und der Strom dieser Krisen, der an unserem „Budgetboot“, auf das uns Stadtrat Michael Freismuth jahrelang mitgenommen hat, vorüberzieht, ist im letzten Jahr auch nicht abgerissen. Man hat es im Budget gesehen, die Stromkosten haben sich entwickelt, es gab wirklich viele Zinsen, und Leasingverpflichtungen sind gestiegen. Es gab einfach viele Positionen, die wir uns so nicht erhofft haben, trotzdem ist es gelungen, das wirklich ausgeglichen darzustellen, besonders den Verantwortlichen, die das Budget sehr umsichtig gemacht haben. Fakt ist, trotz unterschiedlicher politischer Ansichten, die wir in diesem Raum ja haben, deswegen sind wir ja auch gemeinsam hier, „sitzen wir alle in diesem Boot“, in diesem „Budgetboot“. Gut ist aber, dass wir uns, wie sich aus den Wortmeldungen zeigt, auf dem Boot verteilen. Denn gerade weil „wir in einem Boot sitzen“, bin ich froh, dass wir nicht alle auf einer Seite stehen. Dankeschön.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung des Punktes **a) 1. Nachtragsvoranschlag 2023** vor und stellt fest, dass der Antrag mit den Stimmen der ÖVP-Gemeinderatsmitglieder - Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner, Vizebürgermeister Istvan Deli, BA, Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth, Stadträtin Birgit Tallian, Stadtrat Stefan Lichtscheidl, Adelheid Hahnekamp, Ruth Klinger-Zechmeister, BA, Josef Weidinger, Waltraud Bachmaier, Hermann Nährer, Gerald Hicke, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich, DI Otto Prieler, Werner Klikovits, Michael Nemeth, MBA sowie Daniel Janisch (ÖVP-Ersatzmitglied) und mit den Stimmen der Grünen-Gemeinderatsmitglieder –Samara Sánchez Pöll, Dr. Siegfried Mörz sowie Claudia Krojer (Grüne-Ersatzmitglied) gegen die Stimmen der SPÖ-Gemeinderatsmitglieder – Vizebürgermeisterin Charlotte Toth-Kanyak, Stadträtin Beatrix Wagner, DI Markus Rauchbauer, BSc, Elke Riener, Christoph Fertl, Andrea Fassl, Günter Kovacs sowie Christoph Kainz und gegen die Stimme des FPÖ-Gemeinderatsmitglieds Ing. Bernhard Skaumal (FPÖ-Ersatzmitglied) mehrheitlich zum Beschluss erhoben wurde.

b) Mittelfristiger Finanzplan 2023 bis 2027**BESCHLUSSANTRAG****K U N D M A C H U N G**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge den vorliegenden Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2023 bis 2027 beschließen:

Der Mittelfristige Finanzplan für die Jahre 2023 bis 2027 bildet einen wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung des Punktes ***b) Mittelfristiger Finanzplan 2023 bis 2027*** vor und stellt fest, dass der Antrag mit den Stimmen der ÖVP-Gemeinderatsmitglieder - Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner, Vizebürgermeister Istvan Deli, BA, Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth, Stadträtin Birgit Tallian, Stadtrat Stefan Lichtscheidl, Adelheid Hahnekamp, Ruth Klinger-Zechmeister, BA, Josef Weidinger, Waltraud Bachmaier, Hermann Nährer, Gerald Hicke, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich, DI Otto Prieler, Werner Klikovits, Michael Nemeth, MBA sowie Daniel Janisch (ÖVP-Ersatzmitglied) und mit den Stimmen der Grünen-Gemeinderatsmitglieder –Samara Sánchez Pöll, Dr. Siegfried Mörz sowie Claudia Krojer (Grüne-Ersatzmitglied) gegen die Stimmen der SPÖ-Gemeinderatsmitglieder – Vizebürgermeisterin Charlotte Toth-Kanyak, Stadträtin Beatrix Wagner, DI Markus Rauchbauer, BSc, Elke Riener, Christoph Fertl, Andrea Fassel, Günter Kovacs sowie Christoph Kainz und gegen die Stimme des FPÖ-Gemeinderatsmitglieds Ing. Bernhard Skaumal (FPÖ-Ersatzmitglied) mehrheitlich zum Beschluss erhoben wurde.

8. Eisenstadt Infrastruktur KG – Jahresabschluss 2022, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat DI Otto Prieler das Wort. Dieser stellt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge den Jahresabschluss 2022 der Eisenstadt Infrastruktur KG in vorliegender Form zur Kenntnis nehmen.

Der Jahresabschluss 2022 der Eisenstadt Infrastruktur KG ist integrierender Bestandteil dieses Beschlussantrages.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

9. Eisenstadt Infrastruktur KG – Gewinnverwendung 2022, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat DI Otto Prieler das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

Die Bilanz 2022 der Eisenstadt Infrastruktur KG weist einen Jahresgewinn in Höhe von EUR 11.992,27 aus.

Gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages ist am Gewinn und Verlust die Kommanditistin (Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt) alleine beteiligt.

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge beschließen, den Jahresgewinn in Höhe von EUR 11.992,27 in der Eisenstadt Infrastruktur KG zu belassen.

Er wird zur Wiederauffüllung von Vorjahresverlusten bzw. für zukünftige Verluste verwendet.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

10. Antrag der FPÖ-Fraktion: Einrichten eines Sozialfonds in Eisenstadt, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Ersatzgemeinderat Ing. Bernhard Skaumal das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

Antrag gemäß § 35 Abs. 4 des Eisenstädter Stadtrechts an den Gemeinderat von Eisenstadt

Einrichten eines Sozialfonds in Eisenstadt

Beinahe täglich erreichen uns Mitteilungen von Eisenstädtern, welche unter der aktuellen Teuerung nicht zurechtkommen und in ihrer Existenz bedroht sind. Vor allem Alleinerzieher, Jungfamilien und Pensionisten trifft es besonders hart. Oftmals reicht das Angebot der pannonischen Tafel nicht aus, um über die Runden zu kommen und die Kinder satt zu bekommen.

Auf der anderen Seite beobachten viele Eisenstädter, wie die Stadtführung Unmengen an Geld für den Ankauf und Sanierung von alten und umstrittenen Immobilien ausgibt, die ausschließlich den Bürgermeister für PR dient.

Die Eisenstädter Bevölkerung hat davon nichts. Das stößt bei vielen auf Unverständnis.

Gerade in Zeiten wie diesen ist eine unbürokratisch und rasch helfende Hand für viele lebensnotwendiger denn je!

BESCHLUSSANTRAG

Wir stellen daher den Antrag, der Magistrat Eisenstadt solle die Einrichtung eines Hilfs- und Sozialfonds in Eisenstadt ermöglichen, für die in Not geratenen Alleinerzieher, Jungfamilien und Mindestpensionisten. Jeder Notleidende kann sich hier an den Magistrat wenden und um Unterstützung ansuchen. Ausgegeben sollen vor allem Gutscheine für Lebensmittel und Hygieneartikel sowie Gutscheine für Unternehmungen und notwendige Gegenstände von Kindern (Schwimmkurs, Musikunterricht, Nachhilfe, Seh-Hörhilfsmittel z.B. Brillen, Hörgerät, etc.).

- **Dazu ist ein Ausschuss oder eine Arbeitsgruppe notwendig.**
- **Jede Fraktion muss eine Person nominieren.**

- **Bei Bedarf trifft sich diese Gruppe einmal im Monat.**
- **Es ist jeder Antrag einzeln zu bearbeiten.**
- **Eine einfache Mehrheit im/in Ausschuss/Arbeitsgruppe stimmt einem Antrag zu oder lehnt einen Antrag ab. Bei Gleichstand gilt der Antrag als angenommen.**
- **Es sind Nachweise der Antragsteller des Bedarfs vorzulegen.**
- **Der gesetzliche Datenschutz und die Geheimhaltung ist hier zu gewährleisten und als moralische Pflicht anzusehen.**
- **Der Beschluss einer Gewährung auf Hilfe ist in der nächstfolgenden Gemeinderatssitzung ohne Angabe von Namen, aber unter Angabe von der gewährten Leistung und der Höhe der gewährten Leistung nachweislich mitzuteilen.**
- **Es ist vom Gemeinderat jährlich ein Budget für den Sozialfond zu beschließen.**
- **Jeder kann den Sozialfond durch eine Spende unterstützen.**

„Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag auf einen Sozialfond“.

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat Günter Kovacs das Wort. Dieser führt aus:

„Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Ja, wir haben uns den Antrag, Herr Ingenieur, genau angesehen. Der Antrag ist eigentlich sehr gut, das muss man sagen. Sozialfonds sind auch wichtig für uns. Aber, und das muss ich schon sagen, die Zahlen, Daten und Fakten hätten besser aufgearbeitet werden müssen, nämlich die Beträge festgesetzt werden müssen, damit man den auch mitbestimmen und mitbeschließen kann. In dieser Form nicht, aber vielleicht kann man den noch weiter ausarbeiten, dann wären wir dabei. Dankeschön.“

Gemeinderat Dr. Siegfried Mörz:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, wir Grünen sind nicht für soziale Kälte bekannt. Ich tue mich allerdings mit diesem Antrag insofern schwer, es gibt natürlich eine Fülle von Unterstützungen, soziale Unterstützung auf Bundes-, Landes- und sonstigen Ebenen. Es gibt auch in Eisenstadt den Verein „Eisenstadt hilft“, das heißt, hier gibt es schon ein Initiative. Ich

bin auch deswegen hin- und hergerissen, weil wie ich auch nicht müde werde, irgendwo eine behutsame und verantwortungsvolle Gestion mit öffentlichen Mitteln immer einzumahnen. Daher muss ich mit Bedauern feststellen, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen können. Danke.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ich darf vielleicht auch seitens der ÖVP-Fraktion ein paar Worte dazu sagen und darf beim Kollegen anschließen. Der Verein „Eisenstadt hilft“ ist seit Oktober 2018 aktiv. Es ist hier von den Statuten her so geregelt, dass hier rasche und unbürokratische Hilfe für Menschen aus Eisenstadt, die in schwierigen Lebenssituationen sind, gegeben werden kann. Dieser Verein wird ausschließlich aus Spenden finanziert, und im Wesentlichen sind genau die Dinge, die auch hier teilweise angesprochen werden, im Antrag der FPÖ sozusagen Inhalt. Ich kann vielleicht, ohne jetzt sozusagen Personen zu nennen, ein paar Beispiele geben, wofür hier Geld zur Verfügung gestellt wurde. Zum Beispiel Bekleidungshilfen für Jugendliche und Kinder, für Einrichtungen, Kücheneinrichtungen zum Beispiel für eine alleinerziehende Mutter. Wir haben Fahrtkosten für ein behindertes Mädchen übernommen, einen Kühlschrank angeschafft für eine Familie, die eben ein geringes Einkommen haben, wir haben Lebensmittelgutscheine ausgegeben, also unterschiedlichste Fälle, die hier an den Verein herangetragen werden. Das funktioniert deswegen auch sehr gut, weil die Prüfung sozusagen der Fälle über die Sozialabteilung des Hauses auch passiert, damit hier auch gewährleistet ist, dass hier quasi das Geld auch dort ankommt, wo es ankommen soll. Ich darf die Vertreter der FPÖ einladen hier auch Spenden zu überweisen, da tun Sie etwas Gutes und insofern werden wir diesen Antrag nicht zustimmen.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag gegen die Stimmen der ÖVP-Gemeinderatsmitglieder – Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner, Vizebürgermeister Istvan Deli, BA, Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth, Stadträtin Birgit Tallian, Stadtrat Stefan Lichtscheidl, Adelheid Hahnekamp, Ruth Klinger-Zechmeister, BA, Josef Weidinger, Waltraud Bachmaier, Hermann Nährer, Gerald Hicke, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich, DI Otto Prieler, Werner Klikovits, Michael Nemeth, MBA sowie Daniel Janisch (ÖVP-Ersatzmitglied) und gegen die Stimmen der SPÖ-Gemeinderatsmitglieder – Vizebürgermeisterin Charlotte Toth-Kanyak, Stadträtin Beatrix Wagner, DI Markus Rauchbauer, BSc, Elke Riener,

Christoph Fertl, Andrea Fassel, Günter Kovacs sowie Christoph Kainz und gegen die Stimmen der Grünen-Gemeinderatsmitglieder –Samara Sánchez Pöll, Dr. Siegfried Mörz sowie Claudia Krojer (Grüne-Ersatzmitglied) mit der Stimme des FPÖ-Gemeinderatsmitglieds Ing. Bernhard Skaumal (FPÖ-Ersatzmitglied) mehrheitlich nicht zum Beschluss erhoben wurde.

11. Antrag der SPÖ-Fraktion: Montage Außensteckdose E Cube und Aufstellen Getränke- und Snackautomat durch Nahversorger, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat Christoph Fertl das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Gäste und Medienvertreter!

Vor etwas mehr als einem halben Jahr haben wir online über die Nutzung des Jugendzentrums am Stadttor abstimmen lassen, und da sind viele gute Ideen reingekommen bzw. haben wir auch den Jugendlichen angeboten, dass wir uns mit einem Workshop nachher mit denen zusammen setzen. Die Ergebnisse bei unserer Umfrage war von den Informationen her deckend von dem, was Sie auch vor kurzem präsentiert haben. Prinzipiell geht es der Jugend hauptsächlich darum, dass sie sich wo treffen können, ohne Konsumzwang, wo sie sich miteinander austauschen können und Freundschaften knüpfen können. Bei dem Workshop, den haben wir beim E_Cube durchgeführt, ist vor allem rausgekommen, dass sie das Bedürfnis haben, erstens einmal die WC`s dort zu benutzen – ich glaube, da müsste man wirklich im Nachhinein noch einmal besprechen, dass dieses Grundbedürfnis dort abgedeckt wird und dass man das den Jugendlichen zur Verfügung stellt, vor allem wenn die WC`s schon vorhanden sind. Beim jetzigen Antrag haben wir es nicht hineingenommen, weil wir in kleinen Schritten starten möchten. Es ist so, dass wir beantragen, eine Außensteckdose dort zu montieren, damit die Jugendlichen erstmal ihr Handy wieder aufladen können, sollte es leer sein bzw. auch die E-Scooter aufladen können, damit sie auch sicher wieder nach Hause kommen. Was noch bei unserer Umfrage dabei war, ist, dass sie einfach nur einen Snackautomaten sich dort wünschen, wo es Getränke gibt oder auch kleine Snacks, damit sie dort dann länger

bleiben können und miteinander sich austauschen können. Wir haben in der Zwischenzeit einen regionalen Nahversorger gefunden, der das machen würde. Er würde sogar das ganze anpassen immer an die Bedürfnisse der Jugend. Er hat bereits 2 bis 3 Automaten, die sogar elektronisch über Internet verbunden sind. Das heißt, man wüsste sofort was leer ist, was nachgefüllt wird.....

BESCHLUSSANTRAG

Daher stellen wir, die SPÖ-Gemeinderät:innen, den Antrag zur Montage einer Außensteckdose beim E_Cube Eisenstadt und die Aufstellung eines Getränke- und Snackautomaten durch einen regionalen Nahversorger.

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Waltraud Bachmaier das Wort. Diese führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer!

Ich darf einen Abänderungsantrag der Gemeinderatsfraktion der ÖVP-Eisenstadt stellen.

Bericht

Der E_Cube hat sich nach anfänglicher harter Kritik zu einer unverzichtbaren Einrichtung der Stadt entwickelt. Im laufenden Jahr war der E_Cube an 171 Tagen belegt bzw. gebucht. Vor 10 Jahren eröffnet, dient er als Jugendtreffpunkt und allgemeiner Veranstaltungsort.

Insbesondere die zusätzlichen Angebote wie Funcourt, Outdoor-Fitnessanlage, Skate-Platz, Pumptrack und Leichtathletikanlage haben die tägliche Frequenz zusätzlich zu den Veranstaltungen deutlich erhöht.

Jetzt nach 10 Jahren sind da und dort Ergänzungen und Adaptierungen sinnvoll bzw. notwendig.

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt möge beschließen, dass einerseits die im gegenständlichen Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden (Steckdosen, Snackautomat) und gleichzeitig eine Arbeitsgruppe unter Einbindung der zuständigen Magistratsmitarbeiter eingesetzt wird, die sich mit notwendigen Investitionen im Zusammenhang mit

dem E_Cube zu beschäftigen und bis Ende des Jahres einen konkreten Vorschlag zu erstellen hat. Dabei sollen weitere Themen wie Sanierung des Bodens, Einbau einer Klimaanlage, Errichtung zusätzlicher Sanitäreinrichtungen für den Außenbereich oder die Neuanschaffung einer Tonaanlage geprüft werden. Es soll ein Investitionsplan mit einer zeitlichen Festlegung der Umsetzung vorgelegt werden.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung des **Abänderungsantrages** vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Das bedeutet, um das noch einmal zu erklären, dass die beiden Maßnahmen unmittelbar, so rasch wie möglich, umgesetzt werden und dass gleichzeitig aber auch diese Arbeitsgruppe eingesetzt wird, um sozusagen die künftigen Investitionen zu besprechen. Vielen Dank dafür.“

12. Prüfungsausschuss, Bericht

- Gemeinderat Christoph Kainz verlässt von 20:37 Uhr bis 20:40 Uhr den Saal -

- Gemeinderätin Samara Sánchez Pöll verlässt von 20:38 Uhr bis 20:39 Uhr den Saal -

- Ersatzgemeinderätin Claudia Krojer verlässt von 20:44 Uhr bis 20:46 Uhr den Saal -

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat DI Markus Rauchbauer, BSc das Wort. Dieser führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, werte Zuhörer!

Bericht

über die 4. Sitzung des Prüfungsausschusses vom 18.09.2023.

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Gemäß den Bestimmungen des § 76 Abs. 7 des Eisenstädter Stadtrechtes nehme ich den Bericht des Obmannes des Prüfungsausschusses, Herrn Gemeinderat DI Markus Rauchbauer, BSc, zur Kenntnis. Gleichzeitig danke ich Dir und den Mitgliedern des Prüfungsausschusses für die durchgeführte Kontrolltätigkeit.“

Der Vorsitzende stellt fest, dass eine Äußerung des Kassensführers Mag. Michael Lebeth vom 20.10.2023 vorliege, die den folgenden Wortlaut hat: „Dem Bericht des Prüfungsausschusses vom 18.09.2023 habe ich nichts mehr hinzuzufügen.“

13. Änderung Stadtbezirksausschuss Kleinhöflein, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erstattet folgenden

Bericht

Aufgrund des Ergebnisses der Gemeinderatswahl vom 02.10.2022 stehen der ÖVP 9 Mitglieder, der SPÖ 3 Mitglieder und den Grünen 1 Mitglied im Stadtbezirksausschuss Kleinhöflein zu.

In der Gemeinderatssitzung vom 07.11.2022 wurden die Mitglieder des Stadtbezirksausschusses bestellt.

BESCHLUSSANTRAG

Die SPÖ-Eisenstadt nominiert für den Stadtbezirksausschuss Kleinhöflein Frau Johanna Thomschitz (anstelle von Frau Dorottya Kickinger) und beantragt ihre Bestellung bzw. Entsendung durch den Gemeinderat.

Es soll daher folgende Änderung beschlossen werden:

Stadtbezirksausschuss Kleinhöflein

ÖVP 9, SPÖ 3, Grüne 1

Josef Weidinger

Harald Hofherr

Julia Klampfer

Theresa Presich

Arnold Hebenstreit

Hans-Peter Freiler

Jürgen Zechmeister

Christian Lehner

Viktoria Bleier

Günter Kovacs

Johanna Thomschitz (anstelle von Dorottya Kickinger)

Andrea Fassl

Alexander Stredak

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

14. Allfälliges

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat Dr. Siegfried Mörz das Wort. Dieser führt aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist uns kurzfristig von Anrainerseite eine Beschwerde zugetragen worden. Es gibt da ein Bauprojekt, Hirterberggasse/Bockgartengasse, wo von den Anrainern beklagt wurde, dass dort offenkundig sehr dicht verbaut wurde. Ich kenne das Projekt nicht persönlich, daher meine Frage dazu: Was hat das mit dem Projekt auf sich? Wer steckt als Betreiber dahinter? Ist das schon baubewilligt, und entspricht es auch jetzt von der Verbauungsdichte dem Bauzonenplan, wie er vorliegt und beschlossen wurde? Herzlichen Dank.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Also, es gibt keinen Baubescheid in diesem Fall. Dort hat es eine Bauverhandlung gegeben, soweit ich jetzt informiert bin. Auf Grundlage der Bauverhandlung wird ein Bescheid erstellt werden und entspricht soweit ich jetzt weiß, bin jetzt aber nicht im Detail darüber informiert, den Vorgaben, was die Bebauungsdichte betrifft – wir haben ja den Bauzonenplan beschlossen – also das ist die Grundlage und auch natürlich das Baugesetz und die Bauverordnung. Aber ich kann jetzt nichts Näheres dazu sagen, aber ich gehe davon aus, dass das entsprechen wird. Aber ich kann jetzt da nicht dem Bescheid sozusagen vorgreifen. Keine Ahnung, grundsätzlich gehe ich davon aus. Aber ich weiß von den Anliegen der Nachbarn, und es wird auch einen Termin geben.“

Gemeinderat Dr. Siegfried Mörz:

„Okay, danke!“

Ersatzgemeinderat Ing. Bernhard Skaumal:

„Ich hätte nur vier Punkte. Ich wurde gebeten, das Anliegen eines Bürgers bezüglich Straßennamen hier im Gemeinderat einzubringen:

„Ein Hausbesitzer am Oberberg, konkret an der Wiener-Straße hat sich bezüglich eines Anliegens an uns gewandt, nachdem er von der Stadt keine positive Rückmeldung für sein Anliegen erhalten hat.

Der Hausbesitzer wollte eine Namensgebung für die Parallelstraße zur Wiener-Straße, Kreuzung Felix Niering-Straße, gleich hinter der ersten Hausreihe. Der Weg hat die Grundstücksnummern 5316 und 5234. Als Grund nennt er ein dauerndes Zuparken der Zufahrt zu seinem Haus. Außerdem ist es sehr schwer für Einsatzkräfte in Notfall die Straße zu finden. Hier wäre ein Straßename für den bereits vorhandenen Weg sinnvoll.“

Wir werden die Unterlagen zukommen lassen und vielleicht kann man das im Bauausschuss oder im jeweiligen Ausschuss besprechen.

Zum zweiten Punkt: der neue Standort des Indoorspielplatzes:

Seit der Verlegung des Indoorspielplatzes haben uns zahlreiche Mails und Rückmeldungen erreicht. Ich verlese nun zwei davon:

„Hallo. Ich war gestern dort und habe mir den neuen Indoorspielplatz mit meinen Kindern angesehen. Also bis zur Kassa ist ja alles mit Kinderwagen und Rollstuhl befahrbar. Von dort gibt es zwei Möglichkeiten, eine Etage höher zu kommen. (Wo auch die Sauna, Solarium etc. ist). Einerseits mittels Stufen, die gleich neben der Kassa raufführen. Die andere und damit barrierefreie Möglichkeit geht nur, wenn man zuerst durch den Duschen-/Umkleidebereich geht, dann muss man auch noch durch das Hallenbad am Becken entlang, dann kommt man zu einer Treppe, die mit einem Behindertentreppenlift ausgestattet ist. Den Kinderwagen mussten wir auch unten stehen lassen. Ich habe mit dem Bademeister gesprochen, der hat mir das genau so erklärt. Also es geht grundsätzlich schon, dass man mit dem Rollstuhl zum Indoorspielplatz kommt, aber das ist so ein riesiger Schmarrn, wie das gelöst ist.“

Das zweite Mail zum Thema Indoorspielplatz:

„Hallo. Ich war mit meinen Kindern dort. Also ich finde es ist nicht wirklich größer als vorher. Für die größeren Kinder ist der Spielbereich etwas kleiner, kommt mir vor, und man kann nicht mehr so viel klettern. Die Rutsche ist kleiner. Es ist sehr schwer, den Indoorspielplatz zu finden, leider. Es ist nirgendwo angeschrieben oder beschrieben. Sehr viele Stiegen, und drinnen ist es auch sehr kompliziert dort hin zu kommen. Was gut ist, man sieht die Kinder jetzt, wenn sie Trampolin springen. Leider gibt es nur mehr 2 Klos, das find ich auch blöd, leider. Der Wickel-/Stillraum ist

eigentlich kein Raum, der ist so klein, dass man gerade mal so stehen/sitzen kann, hinter einer Glaswand.“

Wir haben uns das jetzt angesehen und haben folgende Verbesserungsvorschläge:

Der neue Indoorspielplatz ist für Rollstuhlfahrer fast nicht zu erreichen. Eine Fahrt durch Duschen und am Becken vorbei finden wir weder zumutbar noch eine optimale Lösung. Die Beschilderung ist schlichtweg nicht vorhanden. Da müsste nachgebessert werden. Für den Still- und Wickelraum wünschen wir uns einen größeren Raum.

Den dritten Punkt haben wir eh schon zum Teil abgehandelt: Ein Bürgeranliegen „Domplatz“, Sicherheitsmängel in der Stadt.

Ich habe in meiner Rede zum Nachtragsvoranschlag bereits die Sicherheitsmängel in Eisenstadt erläutert und das Email eines Vaters zitiert.

Ebenfalls hat mich heute ein Mann kontaktiert, welcher von einem Obdachlosen in der Fußgängerzone belästigt wurde und sehr aufdringlich um Tabak gebeten hat. Der Obdachlose dürfte unter den Stiegen des Kulturzentrums hausen.

Ich habe das rückgemeldet, bitte bei der Polizei melden, das ist wahrscheinlich kein Delikt, das die Stadt behandeln kann. Ich habe heute bei der Exekutive nachgefragt, die Polizeikräfte sind bereits informiert und wissen Bescheid. Da wir konstruktiv mitarbeiten und uns vor allem um Bürgeranliegen kümmern, frage ich nur, welche konkreten Maßnahmen haben Sie, Herr Bürgermeister, geplant, um die Vorfälle am Domplatz und in der Fußgängerzone zu unterbinden und für mehr Sicherheit in unserer Stadt zu sorgen? Gibt es schon konkrete Maßnahmen bezüglich des Falles am Domplatz?“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Soll ich es gleich beantworten oder wollen Sie noch die vierte.....“

Ersatzgemeinderat Ing. Bernhard Skaumal:

„Ja, bitte!“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Mir sind natürlich die E-Mails, die von Ihnen genannt wurden, zugegangen..... über zwei E-Mails von Eltern, beide haben sich für die prompte Antwort meinerseits und auch für das Agieren bedankt. Wir haben einen Securitydienst beauftragt, um sozusagen Beobachtungen vorzunehmen und gegebenenfalls, wenn es notwendig

ist, die Polizei auch zu alarmieren. Das ist natürlich keine Dauerlösung: Die betreffende Person, um die es hier geht, ist ich kann es nur nacherzählen aber nicht sozusagen verifiziert sagen, aber er dürfte eine psychische Erkrankung haben. Wir sind mit über die Sozialabteilung mit auch der Polizei natürlich, aber auch mit den Gesundheitseinrichtungen im Kontakt. Es geht darum, sozusagen nicht nur jetzt für die Leute, die sich in der Stadt aufhalten, sondern auch für die Person eine gute Lösung zu finden, weil das ist ja auch für die Person kein angenehmer Zustand, unter der Stiege im Kulturzentrum zu logieren. Das ist halt eine Schwierigkeit, auf die man oft stößt bei Obdachlosen bzw. bei Menschen, die halt sich im Freien aufhalten, dass es dagegen grundsätzlich keine Handhabe gibt. Wenn sich jemand auf öffentlichen Plätzen aufhält und schläft.... das Problem ist, dass Maßnahmen nur gesetzt werden können, aber nicht von der Stadt sondern gerichtlich bzw. von der Polizei, wenn in irgendeiner Form Selbst- und/oder Fremdgefährdung besteht, und auch die stellt natürlich das Gericht bzw. die Polizei fest. Ich hoffe, dass, wenn wir uns dementsprechend vernetzen, mit allen Zuständigen eine Lösung finden werden. Wir haben ja auch für andere eine Lösung gefunden, wo man auch lange gebraucht hat, weil es einfach schwierig ist. Wir haben ja hier im Rathausinnenhof fast ein Jahr lang einen Obdachlosen gehabt, der dann schlussendlich dazu gebracht werden konnte, dass er in der Caritas zumindest nächtigt. Aber wie gesagt, wir sind da mit allen anderen Stellen im Kontakt und versuchen hier eine Lösung zu finden. Bis dahin wird der Securitydienst sozusagen soweit es geht, die Beobachtung vornehmen.“

Ersatzgemeinderat Ing. Bernhard Skaumal:

„Okay, Dankeschön!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Aufmerksame Bürger konnten in der „Burgenland Heute-Sendung“ vom 06.10.2023 um 19 Uhr eine Reportage über unseren „Freiheitlichen Heimatherbst Bauernmarkt“ am Colmarplatz sehen. Es gab aber auch eine Gegendemonstration von 7 Personen, welche einen Banner mit der Aufschrift „Gemeinsam gegen Nazis“ hochgehalten haben, organisiert bzw. angeführt von der Eisenstädter Jugendgemeinderätin Samara Sánchez Pöll, welche sich offenbar nicht davor scheut, auch Kleinkinder für ihre politische Motivation zu instrumentalisieren. Ebenfalls zu finden ist auf der Facebookseite der „Grünen Jugend“ das Foto. Hier das Foto dazu.

Laut Auskunft der Polizei vor Ort wurde diese Gegendemonstration mit 7 Personen nicht angemeldet, welches einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz § 2

bedeutet. Das Protokoll zu dem Vorfall befindet sich auf der Polizeistation Ruster-Straße. Bei dieser Demonstration wurden sowohl Funktionäre der FPÖ als auch Besucher und Aussteller unserer Veranstaltung pauschal als Nazis verunglimpft. Es geht nicht, dass eine Jugendgemeinderätin, welche anscheinend ausschließlich linksextreme Werte verkörpert und gesetzeswidrig Aktionen plant, ein politisch-neutrales Amt bekleidet. Sie sollte eine Anlaufstelle für alle Eisenstädter Jugendliche sein. Diese Aktion der Jugendgemeinderätin ist nicht nur unrechtmäßig und relativiert das große Leid aus der schlimmsten Zeit unserer Geschichte, sondern hat vor allem den Unmut aller Besucher und Aussteller unserer Veranstaltung auf sich gezogen. Es liegt an Samara Sánchez Pöll selbst zu überdenken, ob sie sich persönlich überhaupt in der Lage fühlt, unparteiisch auch die Interessen der Jugendlichen von der SPÖ, der ÖVP, der FPÖ bzw. unparteiischen Jugendlichen zu vertreten und sich für deren Anliegen einsetzen kann. Sie hat dies zumindest am Montag, den 24. Oktober 2022 in der konstituierenden Sitzung gelobt. Ich rufe das Gelöbnis in Erinnerung:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie die Gesetze der Republik Österreich und des Landes Burgenland gewissenhaft zu beachten, meine Aufgabe unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, die Amtsverschwiegenheit zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Jugendgemeinderätin Samara Sánchez Pöll hat sowohl das Gelöbnis unserer Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt gebrochen als auch Gesetze missachtet, unschuldige Bürger aufs Schlimmste beleidigt und linksextremes Gedankengut verherrlicht, und damit gezeigt, dass sie nicht bereit ist, alle Jugendlichen unserer Stadt zu vertreten. Ich fordere daher die Jugendgemeinderätin Samara Sánchez Pöll auf, sie möge ihr Amt als Jugendgemeinderätin zurückzulegen. Sollte sie das nicht aus freien Stücken machen, haben Sie, Herr Bürgermeister, die Möglichkeit, nach dem § 25 a, Punkt 4 im Eisenstädter Stadtrecht, jederzeit hier ein klares Bekenntnis für echte Demokratie und ein klares Zeichen gegen Extremismus zu setzen. Das ist wichtig, damit sich wieder alle Jugendlichen, welche sich auf dem demokratischen Boden unserer schönen Stadt bewegen, samt ihren Bedürfnissen und Sorgen, sich auch ernst und wertschätzend genommen fühlen. Wir haben sowohl vor Ort als auch jetzt im Nachhinein von einer Anzeige nach dem Versammlungsgesetz § 2 Abs.1 sowie § 7 a Abs. 1 und Abs. 2 abgesehen.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ich darf mitteilen, dass die nächste Gemeinderatssitzung voraussichtlich am 11. Dezember 2023 stattfinden wird“.

In Ermangelung weiterer Tagesordnungspunkte schließt der Vorsitzende die Sitzung des Gemeinderates um 21:02 Uhr.

Die Schriftführerin:

Mag.^a Gerda Török eh.

Der Vorsitzende:

Mag. Thomas Steiner eh.

Die Beglaubiger:

Gemeinderätin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Andrea Dvornikovich eh.

Gemeinderat Günter Kovacs eh.